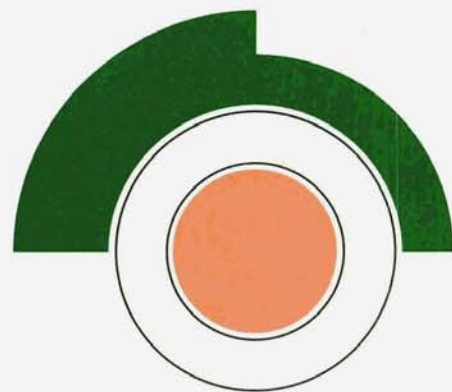


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 14



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 26. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 26. 9. 1995

## Landtag nimmt vor Gerichtshof zu Garzweiler II nicht Stellung

*Garzweiler II bietet vielfältigen Diskussionsstoff. Der Rechtsausschuß des Landtages NRW hat zu einem von den Grünen eingeleitetem Verfahren vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster eine Beschlußempfehlung abgegeben (Drs. 12/149)*

Am 7. Mai 1995 haben die Grünen in einem Antrag die Rechtmäßigkeit der Entscheidungen des nordrhein-westfälischen Landtags und der Landesregierung zu Garzweiler II hinterfragt. Dieses verfassungsgerichtliche Verfahren wirft nun weitere Rechtsfragen auf. Es stellt sich die Frage, ob eine in der vergangenen Wahlperiode eingeleitete Klage nach der Neubildung der Landesregierung am 14. Mai 1995 der Diskontinuität unterliegt und das Weiterführen des Verfahrens aus diesem Grund unzulässig ist. Reinhold Trinius von der SPD spricht sich dafür aus, daß die Entscheidung des Gerichtshofes zunächst abgewartet und respektiert werden müsse. Die Geschäftsordnung des Landtags sieht vor, daß der Landtag vor dem Verfassungsgerichtshof bei Fragen von grundsätzlicher Bedeutung oder wenn der Landtag unmittelbar betroffen ist, Stellung nehmen soll. Nach Meinung des SPD-Abgeordneten könne aber von der Soll-Vorschrift der Geschäftsordnung bei triftigem Grund eine Ausnahme gemacht werden. Da zwischen den Koalitionsparteien noch ein offenkundiger Konflikt vorliege, wollten sie keine Stellungnahme abgeben. Roland Appel (GRÜNE) fügte den Ausführungen des SPD-Politikers hinzu, daß zwei entgegengesetzte Stellungnahmen der Regierungskoalition vor Gericht nicht weiterführen würden. Maria Theresia Opladen (CDU) ist davon überzeugt, daß „es dem kleinen Partner GRÜN gelungen ist, die wirklich große Partei SPD zu domestizieren“. Sie glaubt, der Landtag unterlasse eine Stellungnahme aus durch nichts zu rechtfertigenden Gründen.

## Landtag will Versprechen von 1990 einlösen

### Kinder sollen mehr gefragt werden

*„Wir lassen uns nicht verwalten — Wir wollen die Zukunft gestalten.“ Unter diesem Motto stand die diesjährige Veranstaltung „Kinder im Parlament“ aus Anlaß des Weltkindertages im Landtag.*

Landtagspräsident Ulrich Schmidt erinnerte daran, daß der Landtag mit seiner Resolution von 1990 versprochen habe, in Zukunft mehr auf Kinder zu hören und auf ihre Erwartungen Rücksicht zu nehmen. Dieses Versprechen wolle man mit der Veranstaltung in diesem Jahr einlösen. Kinder und Jugendliche würden kaum gefragt, wenn es um die Einrichtung von Spielplätzen und Freizeiteinrichtungen gehe und schon gar nicht bei der Planung ihres Wohngebietes. „Das soll sich ändern“, stellte der Präsident fest. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) regte bei der Kinderplenarsitzung an, Städte und Gemeinden sollten einmal im Jahr die Kinder anhören, „wo ihnen der Schuh drückt“.

Begleitet von der Band „Midges at work“ begann der Kindertag mit dem Start des Luftballonwettbewerbes. Am Nachmittag begeisterte der Kinderzirkus die „Zappeli-

nos“ aus Köln das junge Publikum. Eine Ausstellung mit Postern vom Landtag, die von der Kindergalerie im Ludwig-Forum Aachen verfremdet worden waren, rundete die Veranstaltung ab (siehe Seite 10).



Frontalangriff

Zeichnung: Frank Cerny (WAZ)

## Die Woche im Landtag

### Standpunkte

Die unterschiedlichen Standpunkte von Opposition und Regierungslager über künftige Politik wurden in der Debatte zur Regierungserklärung deutlich. (Seite 3)

### Ausbildungsplätze

Die Wirtschaft sollte zum Erhalt des Dualen Systems mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen. (Seite 8)

### Rundfunk

Um die Kosten bei der Versorgung mit lokalem Rundfunk ging es bei einer Debatte zum Zweiten Rundfunkänderungsstaatsvertrag. (Seite 9)

### Jahresbericht

Bei der Debatte über den Jahresbericht des Landesrechnungshofs standen Schulden und Zinsbelastung des Landes im Vordergrund. (Seite 12)

### Bundesknappschaft

Bei der ältesten Sozialversicherung der Welt, der Bundesknappschaft in Bochum, fand die erste Sitzung des Grubenausschusses statt. (Seite 13)

### Zusammenkunft

Die Landeshauptstadt Düsseldorf hat erstmalig Landtag und Landesregierung zu einer Zusammenkunft eingeladen. (Seite 14)

## Aktuelle Stunde zu Behördenhandeln bei Schlankheitsmitteln

### Ärzte, Apotheker und Patienten zu mehr Verantwortung aufgefordert

In einer von der CDU beantragten Aktuellen Stunde debattierte der Landtag am 20. September über die Frage: „Haben die zuständigen Behörden beim Schlankheitsmittel-Skandal versagt?“ Fast alle Rednerinnen und Redner hielten sich mit Schulduweisungen beim staatlichen Handeln zurück und wiesen darauf hin, daß noch nicht alle Zusammenhänge und Fakten bekannt seien.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) begründete die Aktuelle Stunde mit der Verzögerungstaktik der Koalitionsfraktionen. Die CDU habe eine Sondersitzung des Innen-, Rechts- und Gesundheitsausschusses beantragt, die aus nicht nachvollziehbaren Gründen bisher nicht zustande gekommen sei. Nach elf Todesfällen stelle sich die Frage, ob auch behördliche Fehler und Versagen mitverantwortlich seien. Es gehe auch um Verantwortung von Ärzten und Apothekern, die Profitgier und knallharte Wirtschaftsinteressen über das Patientenwohl gestellt hätten, sowie um die Eigenverantwortung von Patienten, die trotz Warnungen weiter diese Mittel einnahmen. Bereits vor zehn Jahren habe der damalige Bundesgesundheitsminister das NRW-Ministerium aufgefordert, das hochgefährliche Medikament eines belgischen Arztes zu prüfen. Bis heute seien Konsequenzen des MAGS nicht bekannt. Ein wichtiges Fax mit konkreten Belegen sei angeblich beim RP nicht eingegangen. Im März 1995 sei dem RP erneut ein Fax zugestellt worden. Die Staatsanwaltschaft habe sich eingeschaltet, der RP sei nicht aktiv geworden.

**Vera Dedanwala** (SPD) hielt die öffentliche Diskussion für hilfreich. Vom medizinischen Standpunkt aus seien zunächst die Menschen selbst verantwortlich für ihre Eß-, Trink- und Lebensgewohnheiten. In zweiter Linie schürten Ärzte Hoffnungen auf ein Schönheitsideal. Drittens überschütteten Apotheken die Menschen mit Präparaten und werde für Pillen aus dem Supermarkt erworben. Das sei unverantwortlich und könne auch zum Berufsverbot führen. Es gebe für das empfindlichste gesteuerte Stoffwechselsystem des menschlichen Körpers keinen leichten Weg zum Schlankwerden, wenn vorher der Völlerei gefrönt werde.

**Christiane Bainski** (GRÜNE) zählte Ermittlungen bei verschiedenen Staatsanwaltschaften wegen Verstoßes gegen das Arzneimittelgesetz, wegen Körperverletzung und wegen Körperverletzung mit Todesfolge auf. Prozesse gegen zwölf Ärzte und dreizehn Apotheker seien anhängig. Die Debatte

sei unverzichtbar, auch wenn der Zeitpunkt jetzt ihr nicht gefalle. Es stelle sich die Frage, ob nicht auch Bundesbehörden versagt hätten. Auch gehe es um eine Ideologie, die Schlanksein mit Fitneß und Erfolg gleichsetze. Ein von Männern geprägtes künstliches Schönheitsideal erschwere Mädchen und Frauen die positive Identität mit ihrem Körper. Um sich schlank zu machen, seien Menschen bereit, sich krank zu machen.

**Gesundheitsminister Franz Müntefering** (SPD) erklärte, die Tablettsucht sei eine der am meisten verbreiteten Süchte. Pro Jahr würden in Deutschland bis zu eine Million Packungen Appetitzügler verkauft, dafür gäben Verbraucher etwa 100 Millionen Mark aus. Das sei ein Alarmsignal. Eine Handvoll Leute mit krimineller Energie hätten vorbei am System Profit geschaufelt. Das komplexe Netz der Arzneimittelsicherheit sei enger zu knüpfen. Die von Arentz vorgetragene Chronik der Ereignisse werde geprüft und den Parlamentsgremien vorgelegt. Im Dezember 1994 seien alle Behörden von Einzelanfertigungen ausgegangen, die der Therapiefreiheit des Arztes zuzurechnen seien. Der Verdacht gegen die Firma der drei Apotheker in Euskirchen habe sich verfestigt. Müntefering sprach die Hoffnung auf ein Umdenken in der Bevölkerung aus und schlug vor, daß künftig Schlankheitsmittel nur noch auf Rezept erhältlich sein dürften.

**Rudolf Henke** (CDU) berichtete, gegen Übergewicht seien 40 verschiedene Stoffe bekannt, zum Teil harmlose, hilfreiche und unsinnige. Die würden zusammengerührt, und in einer Kapsel seien dann bis zu 14 Stoffe. In den achtziger Jahren habe der Bundesminister festgestellt, daß es sich nicht um Fertig-, sondern um Rezepturarmittel gehandelt habe, die nur auf Landesebene hätten untersagt werden können. Er habe NRW dazu aufgefordert. Was dann geschehen sei? Weitere Warnungen habe es gegeben, zuletzt 1991 durch das Bundesgesundheitsamt. Gesetzesbrecher hätten sich zu verantworten. Aber auch nach der Arzneimittelaufsicht sei zu fragen Ob die Landesregierung Konsequenzen aus

dem Fall Soesens seit 1985 gezogen habe und welche Gründe es für die lange Untätigkeit des RP Köln gebe, sei nicht befriedigend beantwortet. Seine herzliche Bitte an Patienten: alle Pillen unbekannter Zusammensetzung abzusetzen und mit dem Hausarzt zu sprechen.

**Robert Krumbein-Neumann** (SPD) hielt die Vorträge nicht für aktuell und die Frage nach dem Regierungshandeln für nicht konkret genug. Werbung und Medien redeten der Bevölkerung ein, es wäre schick, schlank zu sein. Die ernsthafte Diskussion gehöre in den Fachausschuß.

**Maria Theresia Opladen** (CDU) bestand auf dem Fragerecht, denn die Kontrolle der Ministerien und der ihnen unterstellten Behörden sei Aufgabe der Landtagsabgeordneten. Auch müßten die beiden Ministerien mit den Fragen konfrontiert werden. Schon 1994 habe die Staatsanwaltschaft Aachen von 352 namentlich ermittelten Patienten gesprochen, und 1987 habe sie Anklage erhoben. Daß trotz dieser ähnlichen Fälle von der Staatsanwaltschaft Köln keine Parallelen gezogen worden seien, sei nicht verständlich. Die unverantwortlich schleppende Bearbeitung sei skandalös.

**Wolfram Kuschke** (SPD) warf ihr Vorverurteilung der Behörden vor. Ausgangspunkt sei der Umgang mit Medikamenten. Von der erschreckenden Anzahl von 48 000 Medikamenten sollten wir wegkommen. Eine Positivliste bei der dritten Stufe der Gesundheitsreform wäre ein Zeichen an die Öffentlichkeit. Der Arztkollege Henke habe die richtigen Fragen gestellt.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) hielt den Jahresumsatz von 120 Millionen Mark für Schlankheitsmittel und 414 Millionen Mark für Diätlebensmittel für den eigentlichen Skandal. Hinzu kämen Ärzte und Kliniken, die auf Wunsch das Fett wegoperierten und sogar Kieferklemmen einsetzten, damit das Essen schwerer falle. Der Skandal sei das gigantische Geschäft mit dem Körper der Frau. Das Frauenbild sei zu ändern. Im gesamten Erziehungsbereich müsse Vielfalt von Kleinen, Großen, Dicken, Schlanken als etwas Positives vermittelt werden. Noch größer sei die Aufgabe der Medien und der Werbung.

**Justizminister Dr. Fritz Behrens** (SPD) zweifelte an der Notwendigkeit der Aktuellen Stunde für die Sachaufklärung. Es gebe täglich neue Erkenntnisse. Erst seit April 1995 seien Fälle im Erftkreis und im Oberbergischen Kreis bekannt geworden. Im Zuge der Ermittlungen gebe es bei den Tötungsdelikten erhebliche Schwierigkeiten beim Nachweis. Im Institut für Gerichtsmedizin Köln sei dazu eigens eine Arbeitsgruppe eingerichtet worden. Die Ermittlungen würden mit Nachdruck vorangetrieben.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) bekräftigte den Anspruch der Opposition, nach der Verantwortung der Behörden zu fragen. Die von Kuschke erwähnte Positivliste würde eher zu mehr Rezepturmitteln einzelner Apotheker führen. Konkrete Antworten seien bisher nur angekündigt worden.

**Minister Franz Müntefering** (SPD) vermutete, möglicherweise sei der Sumpf etwas breiter. Er empfehle Zurückhaltung.



Warum Rezepturarmittel in NRW nicht schon nach den ersten Anzeigen verboten worden seien, wollte unter anderem die antragstellende CDU-Fraktion wissen. v. l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Vera Dedanwala (SPD), Christiane Bainski (Grüne), Minister Franz Müntefering (SPD). Fotos: Schälte

## Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

### Opposition vermißt bei Rau klare politische Aussagen Regierungspartner bekräftigen das rot-grüne Bündnis



Unterschiedliche Prognosen in schwieriger Zeit: v. l. Dr. Helmut Linssen (CDU), Klaus Matthiesen (SPD), Gisela Nacken (GRÜNE) und Ministerpräsident Johannes Rau (SPD).  
Fotos: Schälte

Das SPD-Regierungslager sah sich bei der Aussprache über die Regierungserklärung von Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) am vergangenen Mittwoch im Landtag scharfer Kritik der CDU-Opposition ausgesetzt. CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linssen hielt dem Regierungschef vor, er habe sich bei allen wichtigen landespolitischen Themen an klaren Aussagen vorbeigedrückt. Die Union werde alles tun, damit der „rot-grüne Feldversuch“ möglichst bald beendet werde. SPD-Fraktionschef Klaus Matthiesen bekräftigte dagegen, zur Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen gebe es keine Alternative. Der CDU werde es nicht ansatzweise gelingen, einen Spaltpilz in die Koalition zu treiben. Die Koalition werde fünf Jahre halten. Daran änderten auch die gegensätzlichen Auffassungen zum Braunkohleabbau Garzweiler II nichts. Nach den Worten der Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Gisela Nacken, fänden sich in allen Politikbereichen Ansätze für grüne Reformvorstellungen. Die CDU verkenne, daß die Partner der Koalition inhaltlich über eine ausreichend große Substanz an Gemeinsamkeiten verfügten. Johannes Rau warf dem CDU-Oppositionsführer vor, ein „Zerrbild“ gezeichnet zu haben. Die Rede Linssens habe noch einmal deutlich gemacht, daß es keine Alternative zur rot-grünen Koalition gebe.

Dr. Helmut Linssen, CDU-Fraktionsvorsitzender, urteilte: „Dieses Land hat eine bessere Regierungserklärung verdient, und es hat auch eine bessere Regierung verdient.“ Der Ministerpräsident habe „Widersprüche verkleistert, Probleme verschwiegen, Zukunftslösungen vertagt“. Diese „sogenannte“ Regierungserklärung sei eine „Aneinanderreihung“ von Versatzstücken, von Verkündigungen, auch von Verheimlichungen, von Verkleisterungen und von Verunsicherungen“ gewesen. Es stehe fest, so Linssen, „wir werden den Tag erleben, an dem dieser Ministerpräsident die Konsequenz aus dieser sogenannten Regierungserklärung zieht und beschließt, nicht

mehr weiter regieren zu wollen“. Mit jedem Wort habe der Ministerpräsident erkennen lassen, „als ob es eine Strafe Gottes sei, dieses schöne Land regieren zu müssen“. Die Menschen erwarteten eine Politik der Klarheit und Wahrheit, eine Politik des Augenmaßes, die Richtschnur sei und Zukunftsperspektiven eröffne. Aber statt dessen Fehlanzeige, was die Zukunft des Braunkohleabbau Garzweiler II, die Stärkung der nordrhein-westfälischen Wirtschaft und die Sicherheit angehe. Keine konkrete Antwort auch auf die Frage nach den Bildungschancen der jungen Generation.

Im Umweltschutz („mit Augenmaß“) sei die Bundesregierung weiter als SPD und Grüne im Lande; sie sei weltweit vorbildlich. Während hierzulande vom „produktintegrierten Umweltschutz“ geredet werde, sei im vorigen Jahr in Bonn das Kreislaufwirtschaftsgesetz verabschiedet worden, daß 1996 in Kraft trete. Widersprüche gebe es in der Energiepolitik; einerseits wolle die Landesregierung den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren, aber sie betreibe gleichzeitig den Ausstieg aus der CO<sub>2</sub>-freien Kernenergie und forcieren die Kohlepolitik. Garzweiler II bedeute mit 25 Milliarden Mark das größte Investitionsprogramm der Wirtschaft, es sei unverzichtbare Voraussetzung für die Energieversorgung des Industrielandes NRW. Jetzt laviere die Landesregierung unerträglich in dieser Frage herum, nachdem vor der Wahl die Wirtschaft die Landtagsentscheidung für Garzweiler II – inklusive Rückholklausel – als verlässliche Investitionsgrundlage beurteilt habe. Es sei ein „Popanz“ zu glauben, mit regenerativen Energien und Verbrauchsrückgang sei das Problem zu bewältigen. Der von der Regierung verursachte Schwebestand verunsichere die Bergleute, er enttäusche die Menschen im Abbaugelände und die Wirtschaft, die sich auf Zusagen „dieser Landesregierung nicht mehr verlassen kann“.

In der Arbeitsmarktpolitik habe der Ministerpräsident nicht den Mut gefunden, „den Leuten zu sagen, in welcher existenziell gefährdeter Zeit wir leben“. Es gebe nur einen schmalen Halbsatz zur Flexibilisierung. Angesichts der Konkurrenz anderer Länder benötige man international konkurrenz-

fähige Rahmenbedingungen für die Betriebe im Lande. Was man nicht brauche, sei die einseitige Diskussion über Ökoabgaben, solange nicht über Kompensationsmaßnahmen für die Wirtschaft geredet werde. 15 zusätzliche Umweltabgaben stünden zur Debatte („da geht einem wirklich der Hut hoch“), da dürfe man sich nicht wundern, wenn Investoren das Weite suchten, die ins Land kommen wollten. Energiesteuer – ein reines Abkassierungsmodell, auch wenn sie unter dem Begriff Ökosteuer eingeführt werde: Dieser Schuß werde nach hinten losgehen, prophezeite Linssen und forderte klare Schritte zur Verwaltungsvereinfachung und in Richtung unbürokratischer Genehmigungsverfahren. Wer hier nicht vorankomme, der scheitere an der Aufgabe, den Sozialstaat zu verteidigen.

Was die Verkehrsinfrastruktur angehe, so betreibe die Landesregierung hier eine Politik des „Verteuerns, Verhinderns und Verbiegens“, das sei Gift für das Industrieland NRW: „Nordrhein-Westfalen braucht ein leistungsfähiges Verkehrssystem, das umweltverträglich weiterentwickelt wird“, stellte der Sprecher fest, statt dessen gebe es einen Ausbaustopp bei allen wichtigen Fernstraßen und bei den Flughäfen und eine 25prozentige Investitionskürzung beim Landesstraßenbau.

Wenn, wie angekündigt, von der Landesregierung alle Förderprogramme auf den Prüfstand gestellt würden, dann bedeute das, daß die Betroffenen weniger bekommen werden. Keine konkreten Schritte seien beim angekündigten Personalabbau zu erkennen, es handele sich bei der Ankündigung um nicht mehr als eine „Fata morgana“. Die Regierung werde es nicht schaffen, wie angekündigt, die Nettoneuverschuldung auf eine Milliarde zu drücken, sagte der Oppositionschef voraus. Es sei höchste Zeit, „im Landeshaushalt von Konsum auf Investitionen umzustellen, um nicht die Zukunft der Kinder zu verfrühstücken. Die CDU des Landes stehe für eine Politik, die NRW endlich wieder an das Durchschnittswachstum in der Bundesrepublik herantühre: „Es kann doch nicht sein, daß dieses Land per se einig an der Spitze der Arbeitslosenstatistik steht.“

In der Bildungspolitik des Landes gebe es seit 1992 Stillstand, wenn das so weiter gehe, werde dem Land Zeit gestohlen — um des Erhalts der Koalition willen. Eine gute Bildungspolitik zeige sich auch daran, ob es gelingt, den Kindern eine wertorientierte Erziehung zu vermitteln. Die müsse in „unsere christliche und abendländische Tradition eingebettet“ sein. Linssen: „Wer Schülern statt Orientierung lediglich Wissen vermitteln will, darf sich nicht wundern, wenn Jugendkriminalität und Jugendvandalismus immer mehr um sich greifen.“ Der CDU-Fraktionschef ging dann zur inneren Sicherheit über und erteilte den Bemühungen zu einer Entkriminalisierung bestimmter Delikte eine Abfuhr: Hier würden sonst Schleusen geöffnet, die in die Sackgasse führten. Als Anwalt der Interessen des Landes werde die CDU alles daransetzen, die „rot-grünen Feldversuche“ möglichst bald zu beenden, schloß Linssen.

**Klaus Matthiesen** (SPD), Fraktionsvorsitzender, registrierte „einen lockeren Oppositionsvorsitzenden“, der aber die Erwartung einer großen programmatischen Alternative nicht erfüllt habe. Seine Rede sei eine Mischung aus Anmachen und Anbiedern aus dem Zettelkasten gewesen. Es werde ihm nicht gelingen, auch nur ansatzweise den Spaltplatz in diese Koalition hineinzutragen. Diese Koalition werde fünf Jahre stabil im Interesse von NRW regieren. Was er über den Koalitionspartner gesagt habe, führe dazu: „Kündigen Sie ganz schnell die zwanzig schwarzgrünen Bündnisse in den Kommunen Nordrhein-Westfalens!“ Die CDU leide an Orientierungslosigkeit. Er frage sich, ob es ein genußsüchtiger Job sein könne, als lebenslanger Oppositionsführer in die Geschichte des Landes einzugehen. Zur Koalition aus Sozialdemokraten und Grünen gebe es keine Alternative. Die CDU sei mittlerweile die Partei des Sozialabbaus und der sozialen Kälte. Dem Kahlschlag unserer sozialen Sicherungssysteme werde die SPD ihren energischen Widerstand entgegenzusetzen. Mit einer Partei, die unter Aushebelung geltenden Tarifrechts die schwer erkämpfte soziale Errungenschaft der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall beseitigen wolle, gebe es für die SPD keine Gemeinsamkeit. Auch habe sich die CDU mit ihrer schlimmen Angstkampagne vor der Wahl aus einem sachlichen Dialog verabschiedet. Auf Kernenergie und Importkohle zu setzen, entziehe dem heimischen Bergbau die Lebensgrundlagen. Die CDU habe auch immer noch keinen Frieden mit der Gesamtschule geschlossen und mißachte damit den Elternwillen. Das frauenpolitische Profil sei zur Forderung nach Abschaffung eines Ministeriums verkümmert. Die Koalition der Sozialdemokraten und der Grünen habe sich auf sechs zentrale Grundsätze verständigt: Oberste Priorität habe die Standort- und Wettbewerbssicherung. Die Haushaltskonsolidierung werde fortgesetzt. Arbeit und Umwelt würden nicht auseinandergerissen. Die moderne Gleichstellungspolitik werde fortgesetzt. Kommunale Zuständigkeiten würden nicht eingeschränkt. Rechtssicherheit und Sicherheitsbedürfnis der Menschen dürften nicht erschüttert werden. Deutschland stehe in einem tiefgreifenden Umbruch mit millionenfacher Arbeitslosigkeit, Branchenkrisen und regionalen Ungleichgewichten. Ohne zeitgemäße politische Antworten werde es keine gute Zukunft geben. Bei der Beschäftigung habe es



Neue Wege gesucht: v. l. Brigitte Speth (SPD), Roland Appel (GRÜNE), Dr. Michael Vesper (GRÜNE).

Fotos: Schälte

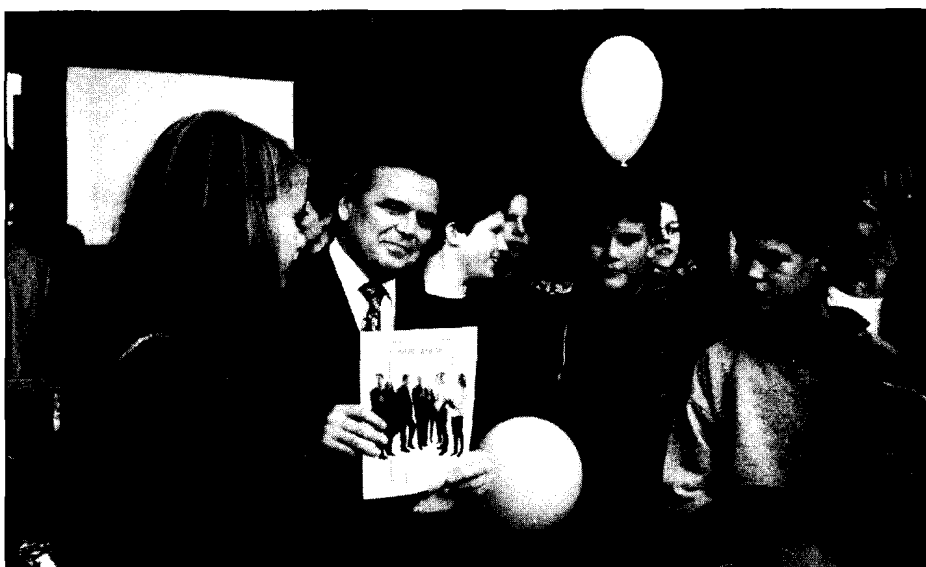
seit 1984 große Gewinner und große Verlierer gegeben. Verlierer seien der Bergbau, Stahl, Maschinenbau, chemische Industrie, Textil/Bekleidung, Schifffahrt, EDV, Büromaschinen. Motor sei der Mittelstand, wo für 600 000 Arbeitsplätze vor allem das Handwerk gesorgt habe. Wenn die Globalisierung der Märkte und die Internationalisierung der Produktion so weitergehe, sei das Sorgenkind nicht mehr der 55jährige, sondern der 30jährige Facharbeiter, der nach seiner beruflichen Perspektive fragen werde. Der knallharte Standortwettbewerb müsse berücksichtigt werden. Zum erstenmal in der Industriegeschichte Deutschlands bestehe die akute Gefahr, daß wir den Anschluß an die Technologien der Zukunft verlore, mit unabsehbaren Auswirkungen auf die Beschäftigung. Das Heil könne nicht allein in den Dienstleistungen liegen. Förderung von Forschung und Entwicklung sowie ernsthafte Bekämpfung der illegalen Arbeit seien überfällig. Mehr als zwei Millionen Menschen in illegalen Arbeitsverhältnissen in Deutschland seien ein Skandal. Eine Million Arbeitsplätze im Handel ohne Sozialversicherung seien auch kein Beitrag zur Stabilisierung. Erwerbsarbeit zu sichern und neue Erwerbsarbeit zu schaffen, müsse zentrale Aufgabe der Bundes- und der Landespolitik sein. Zu einer offensiven Standortpolitik gehöre der Dreiklang Arbeitsplätze, Umweltschutz, soziale Sicherheit. Die CDU sehe Umweltschutz als Wurmfortsatz und soziale Sicherheit als Reparaturbetrieb, wenn es nicht mehr anders gehe. Das Programm Arbeit und Umwelt bündele die Förderung von Investitionen in Höhe von 13 Milliarden Mark und sei Schwerpunkt der Landespolitik. Im Gegensatz zu Linssen lehne er Öko-Abgaben nicht grundsätzlich ab. Bei den Effekten sei strikt darauf zu achten, daß nicht prosperierende Dienstleistungsbereiche entlastet, die eigentlichen Wertschöpfungsträger aber aus dem Markt herauskatapultiert würden. NRW solle als Chemiestandort erhalten und ausgebaut werden. Die neuen Kommunikationstechnologien würden viele neue Arbeitsplätze schaffen. Multimedia würden die flexible Arbeitszeit vorantreiben und die Trennung von Arbeitsplatz und Betriebsstätte ermöglichen. Damit das vielfältige Angebot nicht zu einem Generalangriff auf die menschlichen Sinne werde, müßten Kinder und Jugend geschützt und der Vereinsamung entgegengewirkt werden. Eine dichte Verkehrsinfrastruktur sei überlebenswichtig. Ohne international leistungsfähige Flughäfen werde NRW zur Provinz. Zu Garzweiler II warte

Matthiesen, dieses größte Programm Arbeit und Umwelt, das es je gegeben habe und je geben werde, zu zerreden und leichtfertig aufzugeben, um dann anschließend fieberhaft nach Ersatz zu suchen. Am Programm Jugend, Beruf, Zukunft sollten alle Unternehmen teilnehmen. Kommunen, die an Soziallasten erstickten, müsse geholfen werden. Wenn immer weniger Beitragszahler die soziale Sicherheit von immer mehr Leistungsbeziehern garantieren müßten, könne das nicht gut gehen.

**Gisela Nacken** (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, man wolle die Erneuerung durch ehrgeizige und zugleich realistische Reformvorhaben voranbringen. „Wir wollen in dieser sich stürmisch verändernden Zeit die Lebensverhältnisse verbessern, sozialer, ökologischer, zukunftsgerechter sollen sie werden.“ Man unterliege dabei keinesfalls der Fiktion, daß dieses allein von der Politik und besonders der Landespolitik beeinflussbar sei. Aber die Politik müsse die Chancen nutzen, diesen Prozeß zu gestalten. „Und das werden wir durch unsere Beteiligung an der Regierung mit Nachdruck tun“, sagte Frau Nacken und folgerte: „Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden in den kommenden fünf Jahren dazu beitragen, daß die Landesregierung in diesem Sinne erfolgreich arbeiten kann.“ Man stehe zu diesem Regierungsprogramm, auch wenn vieles hinter den Grünen-Vorstellungen zurückgeblieben sei. Es gebe in allen Politikbereichen Ansätze für Grünen-Reformvorstellungen. NRW bewege sich endlich wieder. „Wir werden unser eigenständiges grünes Profil auch weiterhin deutlich machen, aber als Partner in einer Regierungskoalition wird auf uns Verlaß sein.“ Als wesentliche Ziele in dieser Zeit des Umbruchs nannte die Abgeordnete neue und sichere Arbeitsplätze, den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und damit der Gesundheit der Menschen und ein von Toleranz und Gleichberechtigung getragenes Verhältnis aller hier lebenden Menschen, Frauen und Männer, Deutschen und Migranten. Für diese Ziele der Regierung Johannes Rau, der sie in der Regierungserklärung dargestellt habe, sei die Verbindung von Arbeit und Umwelt ein tragender Gedanke. „Nichts zeichnet diese Regierung mehr aus als die Tatsache, daß sie sich vorgenommen hat, die Zukunftspläne für Nordrhein-Westfalen mit ganz konkreten und praktischen Schritten zu bewältigen.“ Das sei vor allen Dingen die Erneuerung der Ökonomie und die Zukunft

der Arbeit ohne Gefährdung der natürlichen Lebensgrundlagen. Die Politikerin betonte: „Uns werden von den kommenden Generationen vor allen Dingen zwei Fragen gestellt werden: Was habt Ihr getan, um ein menschenwürdiges Leben mit Rücksicht auf die natürliche Umwelt zu ermöglichen? Und: Was habt Ihr unternommen, damit wir Arbeit haben und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können?“ Zum Ringen um neue Arbeitsplätze stellte Frau Nacken indessen fest, man mache sich keine Illusionen. Industrien und damit Arbeitsplätze wanderten in Länder mit niedrigem Lohnniveau und Öko-Dumping aus. Diesen Prozeß könne man nicht vollständig bremsen, aber man müsse versuchen, ihn zu verlangsamen. Was die Politik könne, sei die Setzung von Rahmenbedingungen, die Gestaltung der Infrastruktur, des Bildungs- und Wissenschaftsbereiches. Nur wer hier verändere, sichere Lebenschancen. Der von der Landesregierung gewählte Weg sei richtig, alle Möglichkeiten zu ergreifen, um im Land die Zukunftswirtschaftszweige zu stärken. Man müsse neue Branchen mit neuen Produkten fördern. Dies betreffe zum Beispiel die Medien- und Kommunikationswirtschaft oder hochwertige Dienstleistungsbereiche. Das betreffe den Energie- und Verkehrssektor. Die Abgeordnete fuhr dann fort, man brauche ein System der sozialen Grundsicherung und neue Formen der individuellen Beratungsarbeit im Sozialbereich. Erklärtes Ziel dieser Koalition sei ferner eine engagierte Klimapolitik. Neben der verstärkten Nutzung von Wind, Sonne und Wasser und dem Bau von Blockheizkraftwerken wolle man ein ehrgeiziges Energiesparprogramm durchsetzen. Zu Garzweiler meinte sie, dies werde ein strittiges Thema bleiben. Es bleibe die Differenz in der industrie- und energiepolitischen sowie ökologischen Bewertung „dieses aus unserer Sicht energiepolitischen Dinosauriers“. Egal wie diese Verfahren ausgehe, die Rahmenbedingungen für die Braunkohle würden in Zukunft sehr viel schwieriger. Zur Schulpolitik sagte Frau Nacken, man werde im Unterschied zu allen anderen Bundesländern in Nordrhein-Westfalen alle frei werdenden Stellen komplett wieder besetzen. Von zentraler Bedeutung sei darüber hinaus die Schaffung neuer Berufsbilder in zukunftsfähigen Branchen wie im Bereich der Medien und im Umweltschutz. Für die Hochschulen forderte sie mehr Autonomie. Die Frauenförderung werde man dort mit Nachdruck voranbringen. Die Förderung von Migrantinnen und Migranten werde die Landesregierung verstärkt in allen Förderprogrammen berücksichtigen.

**Ministerpräsident Johannes Rau** (SPD) hielt dem CDU-Fraktionsführer vor, er bewerte die Regierungserklärung falsch und könne nicht erwarten, er würde nach der Sommerpause „in eine Einzelministerbewertung gehen“ und einzelne Vorschläge beurteilen. Er finde den Vorschlag eines „Sabbatjahres“ der Schulministerin gut, wenn er auch von diesem Begriff noch nicht überzeugt sei. Es sei von der CDU sehr verkürzt das Kruzifixurteil des Bundesverfassungsgerichts angesprochen worden: Wenn so über das höchste Gericht geredet werde, wie das geschehen sei, dann habe er die Sorge, „daß wir unserem Staatsgefüge Schaden zufügen“. Er könne nur die populistischen Aufputzungen, die es gegeben habe, bedauern und er-



*Kindertag im Landtag Nordrhein-Westfalen: Unser Bild zeigt Landtagspräsident Ulrich Schmidt im Kreise von Teilnehmernden Kindertages mit der Neuauflage des Informationsheftes „Unser Landtag“, eine Broschüre für Kinder und Jugendliche, die der Präsident herausgegeben hat. Das Heft kann von Kindern und Jugendlichen sowie von Schulen beim Landtag kostenlos bezogen werden. Postkarte genügt: Landtag Nordrhein-Westfalen, Pressestelle, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf*

warte, daß die Diskussion auf einem anderen und höheren Niveau fortgesetzt werde, betonte Rau.

Er führte zur nordrhein-westfälischen Regierungskoalition aus, nach 15 Jahren absoluter Mehrheit habe er lange überlegt, ob er diese Koalition führen solle. Er habe sich dafür entschieden und sei froh darüber, „daß die Mehrheit der Menschen nach allem, was ich weiß, meine Entscheidung billigen und verstehen. Von vielen wird diese Entscheidung sogar begrüßt“. Es sei bitter, vier Prozent wie die SPD im Lande zu verlieren, aber von 36,7 auf 37,7 Prozent zu steigen wie die CDU, das sei auch nicht „fröhlich und schön“. Wenn das so weiter gehe, dann sei die SPD bis zum Jahr 2022 im Amt. Die SPD müsse sich fragen, „ob es nicht Gruppen, Schichten, auch Altersgruppen gibt, auf die wir zuwenig gehört haben“. Das Wahlergebnis habe keine andere Alternative hergegeben als diese Regierungsbildung; wer für eine Große Koalition sei, den müßte die Rede des Oppositionschefs heute eines besseren belehren.

Da sei ein Zerrbild der letzten 15 Jahre Landespolitik gezeichnet worden, Linssen habe aus den Koalitionsvereinbarungen mehr hinein- als herausgelesen, das gehe ein bißchen nach dem Motto „Ich lasse mir meine Vorurteile auch nicht durch Originaldokumenten kaputtmachen.“ Wenn auch angekündigt werde, es gebe keine Totalopposition, so lehne die CDU die Politik der Landesregierung doch in allen wichtigen Punkten ab.

Die Regierung werde ihren Kurs der finanziellen Konsolidierung wie angekündigt fortsetzen; von 1981 bis 1994 habe NRW sparsamer als alle anderen Flächenländer gewirtschaftet. Wenn die CDU die hohen Abgaben- und Steuerlast beklage, dann verschweige sie, wer dafür verantwortlich sei: „Die Bundesregierung belastet vor allem die Normalverdiener und die Bezieher kleiner Einkommen“; die Steuerpolitik der Bundesregierung habe „soziale Schlagseite“. Wenn es um Steuersenkung gehe, dann seien zuerst vor allem die Normalverdiener an der Reihe („Vor allen anderen“). Was die Gewerbesteuer angehe, so würden von ihrer Abschaffung nur die Großen wie Daimler, Sie-

mens oder RWE profitieren; 90 Prozent der Unternehmen hätten nämlich weniger als 20 Prozent Beschäftigte, „ihnen hilft die Senkung der Gewerbesteuer gar nichts“. Die CDU solle auch nicht so tun, als hätte sie die Mittelstandsförderung entdeckt. Handwerk und Mittelstand erkannten längst an, daß die Landesregierung ihre Förderungspraxis umgestellt habe und inzwischen 85 Prozent der gesamten Wirtschaftsförderung auf die mittelständische Industrie leite. Das Land mit seinen 530 000 Unternehmen sei froh darüber, daß von den 100 umsatzstärksten und größten 47 ihren Sitz in NRW haben.

Im ersten Halbjahr 1995 zahle das Land 1,9 Milliarden im Länderfinanzausgleich; 1,1 Milliarden flössen in den Fonds Deutsche Einheit — das sei jeweils Platz eins, noch vor Bayern und Baden-Württemberg: „In beiden Positionen sind wir das entscheidende Geberland.“

Auf die nächsten Jahre eingehend meinte Rau: „Ich will jedenfalls dafür sorgen, daß die SPD in Nordrhein-Westfalen bleibt, was sie ist: eine Volkspartei, die die Arbeitnehmerinteressen wahrnimmt und die weit über die Arbeitnehmerinteressen hinaus Menschen aus freien Berufen, aus selbständiger Tätigkeit und aus Unternehmensleitungen gewinnt, Menschen von Schulen und Hochschulen. Das ist mein Part.“ Da befände er sich in Konkurrenz zur CDU und zu den Grünen, mit denen die SPD im Lande eine Koalitionsvereinbarung und kein Parteiprogramm verbinde: „Wir bleiben sehr unterschiedliche Kräfte.“

**Dr. Helmut Linssen** (CDU) wünschte sich „herzlich“, daß die SPD nicht zu sehr von den Grünen „über den Tisch gezogen“ werde, sondern im Interesse des Landes stabil sei. Was ein Bündnis mit der CDU angehe, so sei seine Partei im Vorfeld des Wahlkampfes nicht so wie die Grünen der SPD „hinterhergeschlichen“. Zu gerne hätte er, Linssen, vom Ministerpräsidenten ein klares Wort zur Gewerbesteuer gehört: „Wollen Sie sie nun halten oder wollen Sie sie abschaffen? Wollen Sie was tun für den Unternehmensstandort Nordrhein-Westfalen und Bundesrepublik Deutschland?“ Of-

fensichtlich müsse sich der Ministerpräsident erst mit Bonn besprechen. Was die Normalverbraucher betreffe, so seien ihre Einkommen in der ersten Hälfte der 80er Jahre besonders gestiegen („und eben nicht die Gewinne der Unternehmen“); das zeige, daß in diesem Zeitraum für die kleinen Leute real so viel getan worden sei wie nie zuvor in der Bundesrepublik. Wenn die Landesregierung immer schon ein Herz für den Mittelstand, die Handwerker und Selbständigen gehabt habe, dann verstehe er nicht, wie der Wirtschaftsminister die Mittelstandsförderung als besonderen Schwerpunkt der neuen Regierung darstellen könne: Das sei doch ein Widerspruch. NRW habe immer noch ein Defizit an selbständigen Betrieben und Handwerksbetrieben; der Hinweis auf die alten Strukturen im Lande erkläre nicht alles, befand Linssen. Zur Drogenpolitik meinte er, auch die CDU betrachte Drogenkranke als Kranke. Aber das hindere sie nicht festzustellen, daß der Drogeneraß des damaligen Justizministers Krumsiek, in dem straffreie Mengen Rauschgift angegeben worden seien, nach wie vor als falsch angesehen werde. Dieses Signal sei draußen als ein Erlaß zur Freigabe von Drogen in diesen Mengen angekommen.

Die Regierung hätte es natürlich gerne, wenn die Opposition die Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung nicht nur konstruktiv begleiten, sondern selbst Vorschläge mache. Aber hier liege nach seiner Auffassung erst einmal „das Erstgeburtsrecht bei der Regierung“, betonte Linssen, der es ablehnte, die „Drecksarbeit“ für die Regierung zu erledigen, während die im Lande die „Annehmlichkeiten einheimst“. Sie, die CDU, sei schon seit Jahren dafür, Landesvermögen umzuschichten, um damit Investitionen in die Zukunft der Kinder zu tätigen. Aber die Regierung wolle nur umschichten, wo es aus strukturellen Gründen erforderlich sei — dann könne man, gestützt auf die Erfahrungen mit der Eingliederung der LEG in die WestLB, die ganze Sache

gleich unterlassen, denn jeder Minister erkläre Landesbeteiligungen in seinem Bereich sofort als „strukturell dringend erforderlich“. So bleibe es dabei, daß Landesvermögen bloß verwaltet werde, anstatt etwas Sinnvolles daraus zu machen.

**Brigitte Speth (SPD)** warf der CDU vor, sie schüre Angst, wenn sie es so darstelle, als lebten wir in einem Land der „täglichen Barbarei, in einem Land von Mord und Totschlag, massenhafter Kriminalität, Rücksichtslosigkeit und Intoleranz“. Das sei Panikmache und Effekthascherei und verfolge das Ziel, die erfolgreiche Arbeit der Polizei im Lande herabzuwürdigen. Schuld an diesen Zuständen trage selbstverständlich die SPD, wie die CDU meine, die mit ihrer Polemik bei der Bevölkerung leider einigen Erfolg habe. Wer aber Kriminalität wirksam bekämpfen wolle, der müsse sich um die Ursachen kümmern. Dann werde er feststellen, „daß eine gute Kinder-, Jugend- und Sozialpolitik, eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine gute Drogenpolitik, die nicht kriminalisiere, sondern entkriminalisiere“, Bereiche seien, die viel mit Kriminalitätsbekämpfung zu tun hätten. Dieser integrative, mehrere Politikfelder vernetzende Ansatz sei Leitlinie der Politik der Landesregierung in den vergangenen Jahren gewesen, hier werde man weitermachen.

Sozialpolitik dürfe kein kompensatorisches Anhängsel sein, fuhr sie fort, sondern soziale Leistungen seien mit einem Rechtsanspruch verbunden. Sozialpolitik sei ein Fundament dieser Regierung, die Koalitionsvereinbarung und die Regierungserklärung zur Sozialpolitik trügen eindeutig sozialdemokratische Handschrift. Die CDU dagegen wolle den Sozialstaat abbauen und verbräme dies mit der Bezeichnung „Umbau“. Im Bereich der Bildungspolitik habe die Union immer noch keinen Frieden mit Gesamtschule geschlossen; damit mißachte sie den Elternwillen, den man sonst immer beschwöre. Das geschehe allein aus ideologischen Gründen, „während die SPD umge-

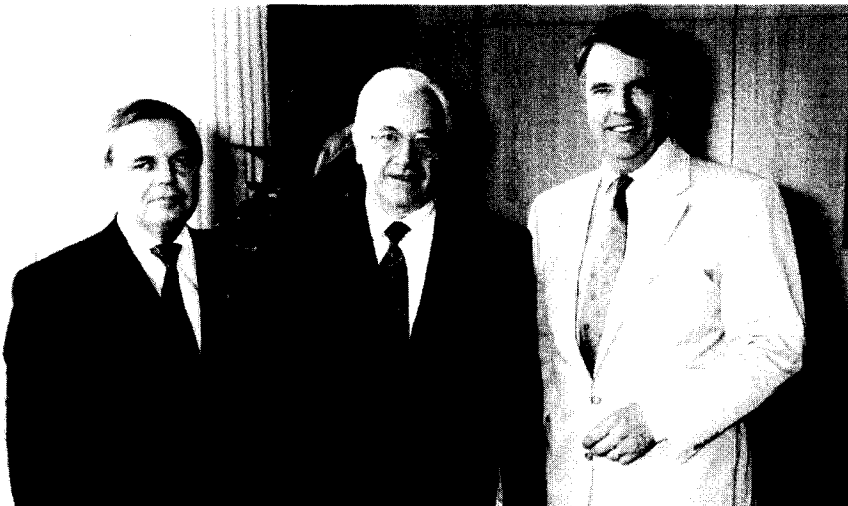
kehrt selbstverständlich die Elternentscheidungen für die Schule des gegliederten Schulwesens akzeptiert“.

**Roland Appel (GRÜNE)** strich die Rolle seiner Partei heraus: „Wir haben NRW fit gemacht, einen Generationenwechsel durchgesetzt und für eine Wende in den Inhalten der Regierungspolitik gesorgt, die endlich Antworten auf Zukunftsfragen des dritten Jahrtausends, an dessen Schwelle wir stehen, ermöglicht.“ Dabei hätten sich die Koalitionspartner nichts geschenkt, „aber wir haben das nach bestem Wissen und Gewissen getan, damit Nordrhein-Westfalen auch eines bleibt: ein Bollwerk der kleinen Leute gegen Sozialabbau, Zynismus, Ellenbogenmentalität und Schutzmacht der kleinen Leute gegen Rigorosität und Kälte der rücksichtslosen Modernisierungsgesellschaft“. Appel wies das allfällige Gerede vom Standortnachteil zurück: Der existiere nicht und sei bloß die Formel, „um den Lohn der Menschen immer mehr zu drücken“.

Der Tagebau Garzweiler II werde bei jeder Energiesteuer — und hier zeigte sich Appel von deren Kommen überzeugt — ökonomisch nicht mehr rentabel sein. Darum sei es seine Fraktion, die RWE vor einem weiteren „Investitionsdesaster“ bewahren möchte, wie dies mit den Namen Kalkar, THTR, Wackersdorf und anderen Energie-ruinen verbunden sei.

Der Abgeordnete ging im weiteren auf die Bereiche Arbeitsmarkt- und Ausländerpolitik ein, wobei er die Schaffung qualifizierter Arbeitsplätze einforderte und ein neues Staatsbürgerschaftsrecht sowie ein erweitertes Wahlrecht verlangte. Er faßte zusammen: „Dazu brauchen wir nicht nur eine starke und klare Politik in Nordrhein-Westfalen, eine starke und gute Landesregierung, (...) sondern wir müssen auch zeigen, daß wir gegen die Tendenzen, die derzeit in Bonn vorherrschen, einen positiven Beitrag zur gesellschaftlichen Diskussion leisten.“

**Dr. Michael Vesper (GRÜNE)**, Minister für Bauen und Wohnen, stellte fest: „Was die beiden Koalitionspartner in Nordrhein-Westfalen unternehmen, ist kein politischer Freilandversuch, wie Herr Linssen gesagt hat. Und es ist auch nicht der Untergang des Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen.“ Herausgekommen sei der kalkulierte, zunächst auf fünf Jahre angelegte Versuch, in diesem industriellen Kernland Deutschland die Themen Wirtschaft, Arbeit und Umwelt zu einem integrierten Konzept zusammenzuführen. Es werde in den kommenden Jahren nicht immer leicht sein, und man werde immer wieder Formelkompromisse schließen müssen. Man werde sich aber nicht so blockieren, wie es die großen Koalitionen in Berlin, Bremen und Baden-Württemberg täten. Dort sei nämlich politischer Stillstand. Zur Wirtschaftspolitik sagte der Minister, eine solche Politik ohne Sozialpolitik und ohne Ökologie bleibe hohl, bleibe Fassade, hinter der alles zusammenbreche. Hier liege das eigentliche Problem, an dem die CDU kranke. Er folgerte: „Uns geht es nicht um die schnelle Mark für einige wenige, sondern um soliden organischen Gewinn für möglichst viele“. Heute müsse man die Grundlagen dafür schaffen, daß das Land in zwei, drei oder vier Jahrzehnten wirklich in die Solarwirtschaft einsteigen könne. Er regte an, nicht immer den heutigen Energieprognosen zu vertrauen. Vesper betonte: „Sie sind doch brüchig.“



Der ehemalige CDU-Abgeordnete Karl-Ernst Strothmann (M.) ist mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ausgezeichnet worden. Landtagspräsident Ulrich Schmidt (I.) überreichte den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden in einer Feierstunde im Landtag. Der Präsident unterstrich in seiner Laudatio, seit der Verleihung des Verdienstordens am Bande habe Karl-Ernst Strothmann im Rahmen seiner vielfältigen Tätigkeit auf kommunal- und landespolitischer Ebene weitere auszeichnungswürdige Leistungen erbracht, die diese Höherstufung rechtfertigten. Schmidt erinnerte daran, daß der CDU-Politiker von 1985 bis 1994 Bürgermeister in Gütersloh gewesen sei. Von 1985 bis 1995 habe er dem Landtag angehört. Seine Arbeitsschwerpunkte hätten im Petitions- sowie im Verkehrsausschuß gelegen. Nicht zu vergessen sei schließlich seine nunmehr 40jährige Tätigkeit für den Verein „Michaelis-Woche Gütersloh“. Diese Wirtschafts- und Festwoche sei mittlerweile weit über die Grenzen des Kreises Gütersloh hinaus bekannt geworden. Rechts im Bild der CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Helmut Linssen.  
Foto: Schälte

## Entsenderichtlinie:

# Notwendiger Schutz oder ordnungspolitischer Sündenfall?

Als Stückwerk und nicht geeignet, dem Problem des grenzüberschreitenden Lohndumpings Herr zu werden, hat die SPD in einer von ihr beantragten Aktuellen Stunde am 21. September die Bonner Entsenderichtlinie charakterisiert. Die CDU des Landes signalisierte indes Zustimmung zur vorliegenden Fassung des Entsendegesetzes. Die Grünen argumentierten, es gehe nicht nur um den Schutz der einheimischen, sondern auch der ausländischen Arbeitnehmer.

**Horst-Dieter Vöge** (SPD) bezifferte den Unterschied: Ausländische Firmen könnten, da die Lohnkosten insgesamt die Hälfte der Baukosten ausmachten, die deutschen Preise um mindestens 25 Prozent unterbieten. Sie rechneten mit einem Stundenlohn von fünf bis 15 DM, während deutsche Firmen dagegen mit 31,20 DM kalkulieren müßten. Es sei nicht einzusehen, daß Bonn Handlungsbedarf lediglich im Baubereich sehe, zudem sei die Befristung auf zwei Jahre nicht schlüssig. Auch die Ahndung als Ordnungswidrigkeit reiche nicht aus, das sei für jeden Verleiher nur ein Taschengeld. „Wir brauchen durchgehend Maßnahmen, die das Übel im Kern bekämpfen“, schloß Vöge.

**Laurenz Meyer** (CDU) artikulierte große ordnungspolitische Bedenken, ob es sich hier um einen wirklich sinnvollen Schritt handle; im Hinblick auf die Alleingänge anderer Länder könne man so etwas allenfalls vertreten. Das Entsendegesetz sei ein Alarmsignal für den Zustand, „den wir in verschiedenen Bereichen für unseren Wirtschaftsstandort haben, was die Wettbewerbsfähigkeit insgesamt angeht“. Das eigentliche Problem liege in der Überlegung, wie diese Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland so entwickelt werden könne, daß in einigen Jahren ein Entsendegesetz nicht mehr erforderlich sei. Das gehe nicht durch Abschottung.

**Daniel Kreutz** (DIE GRÜNEN) meinte, nachdem die Bemühungen um eine europäische Lösung gescheitert seien, brauche man jetzt ein nationales Entsendegesetz, „das wirksamen Schutz gegen die schmutzigen Praktiken des Lohn-, Sozial- und Tarifdumpings gewährleistet, das nicht nur im Baubereich, sondern auch teilweise in der privaten Gastronomie oder im Dienstleistungssektor an der Tagesordnung ist“. Es gehe um die Sicherung von Tarifvertragssystem, Tarifvertragsautonomie und Sozialstaatlichkeit, „aber auch um die Sicherung fairer Wettbewerbsbedingungen“.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) warf der CDU vor, mit ihrer Haltung lasse sie die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Stich. Lohn- und Sozialdumping machten Menschen hierzulande arbeitslos und gefährdeten den Wirtschaftsstandort Deutschland, „denn es läßt Firmen pleite gehen“. Der



Reicht das Bonner Entsendegesetz aus, um Lohndumping hierzulande zu unterbinden — über die unterschiedlichen Antworten auf diese Frage tauschten sich aus (v. l.): Horst-Dieter Vöge (SPD), Laurenz Meyer (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD).  
Fotos: Schälte

Minister warnte vor „Unordnung“ auf dem Arbeitsmarkt, die auch die Unternehmen betreffe: Die Ehrlichen seien die Dummen, denn sie könnten, wenn sie mit 80 bis 100 Mark pro Arbeitsstunde kalkulierten, nicht erfolgreich sein und auch nicht ins Ausland ausweichen. Das gefährde letztenendes den sozialen Frieden, was aber offenbar einige im Land ganz gerne sähen.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) räumte ein, daß man das Entsendegesetz in dem einen oder anderen Punkt nachbessern könne; der Entwurf der SPD-Länder habe aber überhaupt keine Chance durchzukommen. Ein solches Gesetz sei auch nötig, „weil wir Tarifautonomie und das Tarifvertragssystem für eine ungeheuer wichtige Errungenschaft in der sozialen Marktwirtschaft halten“, betonte Arentz. Die Gefahr sei in der Baubranche „mit Händen zu greifen“; darum sei es richtig, daß die Bundesregierung nicht ein Gesetz für alle Branchen mache; ein Schutzzaun um sie herum würde sie nur dazu verleiten, in den Bemühungen um Produktivität nachzulassen.

**Bodo Hombach** (SPD) hielt nichts von einer Politik, die das Soziale vom Marktwirtschaftlichen trennt. Bei diesem Thema fänden sich Gewerkschaften und Unternehmensverbände in gemeinsamer Position — das sollte nachdenklich machen. Obwohl die Konjunktur boome, seien etwa in Berlin 20 000 deutsche Bauarbeiter arbeitslos gemeldet. Menschliche Arbeitskraft auf den Baustellen sei so billig geworden, daß es sich nicht lohne, neue Baumaschinen zur Ausnutzung von Rationalisierungseffekten zu entwickeln. Auch das werde Folgen haben.

**Arbeitsminister Franz Müntefering** (SPD) fragte die CDU, ob sie bereit sei — wie die Berliner Große Koalition — für das Entsendegesetz das Klagerecht der Verbände zu akzeptieren. Das zweite sei die Sache mit der Laufzeit. „Wir haben da mehr als zwei Jahre, wir haben da fünf Jahre: Die Frage ist: Machen Sie das mit? Ja oder Nein?“

**Laurenz Meyer** (CDU) beklagte, daß immer wieder illegale und gesetzlich mögliche Beschäftigung durcheinandergeworfen worden sei. Die Illegalität werde man mit diesem Gesetz nicht wegbekommen. Man finde diese Illegalität auf den Baustellen. Auf der Baustelle Rheinuferstraße (Düsseldorf) habe man praktisch niemanden gefunden,

der deutsch gesprochen haben. „Das waren illegale“, sagte Meyer. Das Problem, das man im Baubereich habe, habe man leider Gottes aus Wettbewerbsgründen in fast allen Bereichen der Industrie.

**Bodo Hombach** (SPD) sagte, wenn man das Wort „sozial“ ernst meine, dann müsse man berücksichtigen, daß hier tatsächlich in ganz praktischem Sinne die Liberalisierung der Märkte mit den Risiken für die Hochlohnländer ganz massiv mit den Strategien der sozialen Sicherung im umfassendsten Sinne zusammenprallen. Wenn jemand klammheimlich Freude daran habe, daß über die Europäisierung, über die Liberalisierung der Märkte das System der sozialen Sicherung in Brand gerate, daß die Tarifstrukturen chaotisiert würden, daß sich die Verbände verkämpften, wem das Freude mache, der zünde, der habe „so eine Art warmer Sanierung im Auge“.

**Alexandra Landsberg** (GRÜNE) richtete die Frage an den CDU-Abgeordneten Meyer, ob er sich eigentlich schon einmal überlegt habe, wo die Frauen in den Debatten um den Arbeitsplatzabbau blieben. Solange das Entsendegesetz nicht auf alle Beschäftigten ausgedehnt würde, werde es in erster Linie Arbeitsplätze von Männern schützen. Liege das vielleicht daran, daß typische Frauenberufe vom Lohndumping nicht betroffen seien? Die CDU wisse, daß das nicht zutrefte. Gerade das Gastgewerbe mache sich die Billiglöhne aus den Nachbarländern zunutze.

**Hermann Jansen** (SPD) unterstrich, man habe die Verpflichtung, gemeinsam dafür Sorge zu tragen, „daß unsere Arbeitnehmer geschützt werden, daß die Tarifautonomie geschützt wird — sie ist von uns gemeinsam mitbegründet worden — wenn schon Europa das nicht leistet“.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) betonte, die CDU habe sehr eindeutig klargemacht, daß sie nicht für Thatcherismus sei, nicht für eine liberalistische Verbiegung von Marktwirtschaft, sondern, daß man das Soziale und das Marktwirtschaftliche als integralen Bestandteil ein- und derselben Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung betrachte.

**Wolfram Kuschke** (SPD) sagte, daß die Ausführungen zu den Programmen der CDU ganz interessant seien. Für die SPD aber sei entscheidend, wie es mit der Wirklichkeit und der Realisierung aussehe.

## Arbeitgeber sollen zur Erhaltung des Dualen Systems in NRW mehr Ausbildungsplätze zur Verfügung stellen

Der CDU-Antrag „Berufliche Zukunft der Jugend nicht verbauen - Ausbildungsplätze schaffen.“ (Drs. 12/125) ist im Anschluß an das Beratungsverfahren mit den Stimmen von SPD und Grünen abgelehnt worden. Konsens fand aber bei allen Fraktionen die Ansicht, daß die Wirtschaft ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung nachkommen muß, dem Ausbildungsplatzmangel entgegenzuwirken.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) entrüstete sich über die Haltung der rot-grünen Koalition. Schöne Worte, wie die des Ministerpräsidenten in der Regierungserklärung und der in der Koalitionsvereinbarung vorgeschlagene Ladenhüter einer Ausbildungsplatzabgabe, reichten nicht aus, um allen Lehrstellensuchenden eine praxisbezogene Berufsausbildung zu ermöglichen. Viel vernünftiger und effektiver als neue Zwangsabgaben seien freiwillige und tarifvertragliche Lösungen. Bund und Land

tielle Ausgleichs, die auch bereits eingeführt sind, seien angebracht. Herr Arentz aber stecke die Abgaben oder die Zwangsumlagen immer noch irgendwo in seine Vorstellungen von einer angeblichen sozialistischen Folterkammer. Weiter hielt Kuschke der CDU vor, daß in ihrem Antrag überhaupt nichts Neues, von der SPD abgeschriebene Dinge oder völlig untaugliche Vorschläge enthalten seien.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) lehnte die Forderung der CDU-Landtagsfraktion nach Zuschüssen für ausbildende Unternehmen strikt ab. Solche Subventionierungen verstärkten nur den längerfristigen Trend privater wie öffentlicher Arbeitgeber, sich aus ihrer ökonomischen und sozialen Verpflichtung in der Berufsausbildung zurückzuziehen, „weil dann ja der Staat schon einspringen wird“. Für die Landtagsfraktion der GRÜNEN sei es indiskutabel den Rückzug der Arbeitgeber durch Steuergelder zu be-

len System gerecht werdenden, solidarischen Ausbildungsfinanzierung entgegenwirken zu werden.

**Hannelore Brüning** (CDU) erwiderte auf die Ausführungen des Ministers, daß allein die Aufforderung an die Wirtschaft, mehr Lehrstellen bereitzustellen, nicht ausreiche. Auch der öffentliche Dienst sei gefordert. Die Verantwortung für die duale Ausbildung müsse von Wirtschaft und Landesregierung gemeinsam getragen werden. Gerade das Handwerk und der Mittelstand seien in besonderer Weise ihrer Verantwortung gegenüber ausbildungswilligen Jugendlichen nachgekommen, obwohl die Belastungen für kleinere und mittelständische Betriebe kaum zu verkraften seien. Die Voraussetzungen für eine optimale Ausbildung hätten sich zuungunsten der Betriebe verschoben.

**Irmgard Schmid** (SPD) bestärkte die Meinung, daß in erster Linie die Unternehmen für den Erhalt des dualen Systems zuständig seien. Sie wolle aber keine allgemeine Beschimpfung der Wirtschaft vornehmen. „So wenig wie in der Erziehung das Strafen hilft, nützen meines Erachtens Drohungen gegenüber Betrieben, die nicht ausbilden. Ich setze auch hier immer noch auf die Einsicht und soziale Verantwortung.“ Erst wenn das nicht helfe, müsse man über andere Wege nachdenken. Die Ausbildungsplatzsituation zeige aber ein sehr differenziertes Bild mit großen regionalen und branchenspezifischen Unterschieden. Anerkennung brachte Frau Schmid dem Handwerk und Mittelstand entgegen, die ihrer Verantwortung zum großen Teil gerecht würden.

**Marianne Hürten** (GRÜNE) vertiefte die Debatte im Punkt der Ausbildungssituation ausländischer Mädchen. 70 Prozent starteten ihr Berufsleben ohne Ausbildung. Eine erhebliche Zahl der Mädchen entschieden sich aufgrund des Ausbildungsplatzmangels für eine Weiterbildungswarteschleife. Besonders für ungelernete Frauen gebe es kaum berufliche Bildungsangebote. Deshalb sei im Koalitionsvertrag ein Programm vereinbart, das benachteiligte Frauen gezielt fördern solle. Mit Steuererleichterungen sei ein echter Steuerungseffekt in bezug auf die Zahl der Ausbildungsplätze, ihre Qualität und die Berücksichtigung benachteiligter Gruppen nicht zu erreichen.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) betonte, daß die Landesregierung nicht nur Forderungen an die Wirtschaft stelle. Aber die Unternehmen legten sehr großen Wert auf das duale Ausbildungssystem und seien deshalb auch dafür verantwortlich. Dennoch liege der schulische Teil der Ausbildung in öffentlicher Hand, und zusätzlich engagierten sich Staat, Bund und Länder für überbetriebliche Aus- und Weiterbildungsstätten. Außerordentlich wichtig sei es, daß die Unternehmen Initiative zeigten. Denn jede freiwillige Lösung der Unternehmen im heutigen System sei besser als eine gesetzgeberische Lösung, von der sich der Minister keine unmittelbare Heilung der Probleme des Ausbildungsmarktes versprach.



Lösungen gesucht: v. l. Hermann-Josef Arentz (CDU), Wolfram Kuschke (SPD), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD).

müßten alle Möglichkeiten und Mittel nutzen, die Ausbildungsbereitschaft und -fähigkeit der Betriebe zu erhöhen. Die CDU fordere konkrete Maßnahmen zur Soforthilfe. Wichtig seien kürzere und schnellere Verfahren zur Aktualisierung bestehender und Schaffung neuer Ausbildungsberufe, bessere Abstimmung der Lehr- und Zeitpläne zwischen Betrieb, Berufsschule und überbetrieblicher Ausbildungsstätte, sowie vermehrte Zusammenarbeit kleiner Betriebe in Ausbildungsverbänden.

**Wolfram Kuschke** (SPD) wies seinen Vordränger darauf hin, daß im Antrag der Koalition nicht von einer allgemeinen Ausbildungsplatzabgabe die Rede sei, sondern von solidarischer Ausbildungsplatzfinanzierung. Diese Formulierung sei bewußt gewählt worden, da es eine breite Palette von Maßnahmen geben könne, die zu einem finanziellen Ausgleich führten. Eine einheitliche bundesgesetzliche Regelung zur Finanzierung sei kaum zu erwarten, aber par-

antworten. Vielmehr brauche die Berufsausbildung ein neues Fundament solidarischer Umlagefinanzierung. Kreutz machte auch besonders auf die Situation ausländischer Jugendlicher aufmerksam. Der Lehrstellenmangel zementiere, reaktiviere und verschärfe Mechanismen sozialer Ausgrenzung dieser Personengruppe.

**Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** (SPD) erinnerte an die unzureichenden Unternehmungen der Bundesregierung, die dem Ausbildungsplatzmangel lediglich mit Dankschreiben, Versprechungen und Appellen begegne. Die Landesregierung hingegen habe alles ihr Mögliche getan. Mit der zusätzlichen Einrichtung von Ausbildungsplätzen im öffentlichen Bereich, wolle sie eine gewisse Signalwirkung ausüben. Von der CDU sei jedoch mit der Aussicht auf öffentliche Gelder zur Einrichtung von Ausbildungsplätzen ein vollkommen falsches Signal gesetzt worden. Einem Defizit an Ausbildungsplätzen müsse mit einer, dem dua-



## Kosten für Versorgung mit Lokalfunk im Märkischen Kreis viel höher als in Duisburg

Der Landtag hat das Gesetz zum Zweiten Staatsvertrag zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages und zur Änderung des Rundfunkgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen im Entwurf der Landesregierung einstimmig an den Hauptausschuß überwiesen. Die Fraktionen stimmten u. a. darin überein, das Ungleichgewicht bei der Belastung mit Kosten für die terrestrische Versorgung der Lokalsender-Stationen durch eine Umlage abzubauen (Drs. 12/58).

Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) betonte, der Gesetzentwurf betreffe nur eine begrenzte, allerdings durchaus wichtige Regelung. Bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 22. Juni in Berlin hätten die Regierungschefs einen zweiten Rundfunkänderungsstaatsvertrag unterzeichnet. Er unterhalte in der Hauptsache eine Verlängerung der Möglichkeit, technische Infrastruktur zur terrestrischen Versorgung des gesamten Landes über den 31. Dezember 1995 hinaus bis zum Ablauf des Jahres 2000 aus Mitteln des Zwei-Prozent-Anteils an der Rundfunkgebühr zu fördern. Diese Verlängerung käme vor allem dem Wunsch der neuen Länder entgegen, deren technische Infrastruktur noch nicht zufriedenstellend entwickelt sei. Ferner werde der Landesgesetzgeber ermächtigt, die Förderung von Projekten für neuartige Rundfunkübertragungstechniken ebenfalls bis Ende Dezember 2000 als besondere, aus dem Zwei-Prozent-Anteil zu finanzierende Aufgabe zuzulassen. Die Landesregierung habe die Form des Artikelgesetzes gewählt, um nicht nur die Zustimmung zum Staatsvertrag nach Artikel 66 Satz 2 der Landesverfassung herbeizuführen, sondern auch die neuen Fördermöglichkeiten im Land vom 1. Januar 1996 an zu eröffnen. Damit sei gewährleistet, daß die Landesanstalt für Rundfunk zum einen über den 31. Dezember 1995 hinaus technische Infrastruktur in topographisch besonders benachteiligten Verbreitungsgebieten des lokalen Rundfunks fördern könne. Zum anderen könne sie sich von diesem Zeitpunkt an auch finanziell an Projekten für neue Rundfunkübertragungstechniken beteiligen.

Ruth Hieronymi (CDU), stellvertretende Fraktionsvorsitzende, erklärte unter Hinweis auf drei Themenbereiche, es gehe zum einen um die zeitliche Verlängerung der Förderung der technischen Infrastruktur. Das sei nicht nur ein Problem der neuen Bundesländer, sondern ganz massiv auch eines der Kommunen in Nordrhein-Westfalen. Wenn man flächen-deckenden lokalen Hörfunk wolle, wie dies in NRW der Fall sei, dann müsse man auch dafür sorgen, daß die Kommunen bzw. die Veranstalter in den Verbreitungsgebieten in ausreichend gleichmäßiger Weise mit den



Ministerpräsident Johannes Rau (SPD, r.) am Rednerpult. Links im Bild v. l. die Minister Franz-Josef-Kniola (Innen), Heinz Schleußer (Finanzen, beide SPD) und Dr. Michael Vesper (Bauen und Wohnen, GRÜNE)

Kosten für die terrestrische Versorgung belastet würden. Insofern bestehe in Nordrhein-Westfalen ein großes Ungleichgewicht. Die Sprecherin nannte zwei Zahlen: 46 000 Mark betrügen die Entgelte an die Telekom für die Leitungskosten im Verbreitungsgebiet Duisburg, die entsprechenden Kosten im Märkischen Kreis betragen 380 000 Mark. Insofern seien der Märkische Kreis, der Hochsauerlandkreis sowie die Kreise Höxter und Paderborn in besonderer Weise von dieser Regelung betroffen. „Wir stimmen der zeitlichen Verlängerung der Förderung bis zum Jahr 2000 nachdrücklich zu. Sie ist überfällig.“ Beim zweiten Punkt gehe es um nichtkommerziellen Rundfunk. Möglich werden solle die Förderung von nichtkommerziellem Rundfunk, d. h. von privatem Rundfunk, der aus öffentlichen Gebühren finanziert werden solle, aber nicht öffentlich-rechtlicher Rundfunk sei. Im Hinblick auf diesen „Zwitter“ sei man der Meinung, wenn nichtkommerzieller Rundfunk aus dem Gebührenaufkommen finanziert werden solle, dann müsse der Zugang für alle Bürger in gleicher Weise gewährleistet sein. Diese Voraussetzung werde nicht erfüllt. Zur Förderung zur Erprobung neuer Rundfunkübertragungsdienste sage die CDU ein klares und nachdrückliches Ja. Insgesamt bezeichnete Frau Hieronymi den Gesetzentwurf als einen „Trippelschritt“. Man brauche indes einen mutigen Schritt der Ministerpräsidenten.

Jürgen Büssow (SPD) sagte: „Uns geht es heute um die unterschiedlichen technischen Kosten bei der Versorgung mit lokalem Rundfunk“. Die CDU habe zu Recht darauf hingewiesen, daß die Unterschiede im Märkischen Kreis und in Duisburg gravierend seien. Büssow machte deutlich, es gebe zwei Diskussionsstränge, über die man aber nicht weitergekommen sei. Zum einen hätten das Parlament, aber auch die Mitglieder der Landesrundfunkkommission, einen Ausgleich von der Telekom selbst,

ähnlich wie bei den Telefongebühren, verlangt. Die Gebühr sei ja nicht höher, wenn man im Märkischen Kreis oder in Düsseldorf telefoniere. Da gebe es eine Mischkalkulation. Die Telekom habe sich bisher geweigert, diese Mischkalkulation vorzunehmen. Der andere Weg sei, daß die lokalen Rundfunkstationen bereit seien, untereinander einen Ausgleich vorzunehmen. Diejenigen Stationen, die eine nicht so hohe Belastung hätten wie Düsseldorf, sollten einen gemeinsamen Fonds mit den Stationen im Sauerland bilden. „Aber daran denken die in Düsseldorf natürlich nicht. Und die in Dortmund haben dazu auch keine Lust. Sie nennen eine solche Abgabe einen enteignungsgleichen Eingriff.“ Es sei also sehr schwer, da zu Rande zu kommen. Der Staatsvertrag sage nicht mehr, als daß technische Förderung weiterhin möglich sei. Sie könne bis zum Jahr 2000 weitergehen. Dagegen sollte man nichts haben. Zum nichtkommerziellen Rundfunk zählte Büssow z. B. gemeinnützige Rundfunkveranstaltungen. An seine Vorrednerin gewandt, meinte er: „Sich so etwas vorzustellen, ist den Christdemokraten schon immer schwer gefallen.“

Roland Appel (GRÜNE) sagte: „Der vorliegende Staatsvertrag kann im Prinzip so, wie er ausgehandelt worden ist, von uns unterstützt werden“. Zu Teilen des Gesetzentwurfs habe man im Hauptausschuß noch Beratungsbedarf. In der Tat müsse man sich über die Frage der technischen Dienstleistungen unterhalten. Man habe ja in der Koalitionsvereinbarung gesagt, daß die technischen Dienstleistungen für den lokalen Hörfunk durch andere, private Dienstleister erbracht werden sollten. Appel sprach damit das Prinzip der Umlage an. Man sehe es durchaus kritisch, wenn die neuen Techniken — DAB und andere —, die in erster Linie kommerziellen Anbietern in Zukunft zugute kämen, jetzt mit Mitteln des öffentlich rechtlichen Rundfunks bezahlt werden sollten.

## Kinder im Parlament: Die Erwachsenen nehmen uns nicht ernst

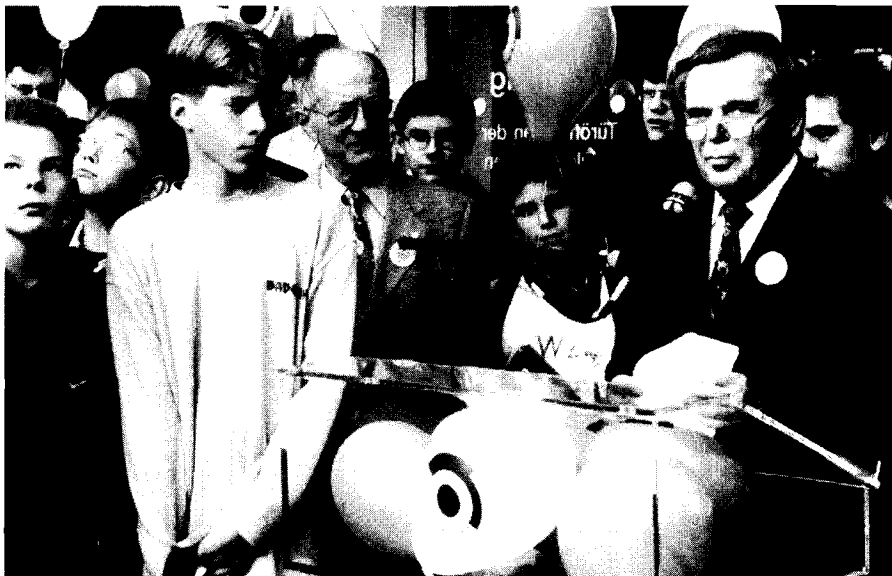
### Junge Leute wollen die Zukunft gestalten

So freundlich wie die Sonne bei wenig Wolken vom Himmel schien, so locker begann der Präsident: „Ich möchte mich euch vorstellen. Ich heiße Ulrich Schmidt und bin der Landtagspräsident.“ Die er am 19. September vor dem Eingang des Landtags begrüßte, waren rund 400 Kinder und Jugendliche von 64 Schulen aus ganz Nordrhein-Westfalen, die zu der fünften Veranstaltung „Kinder im Parlament“ nach Düsseldorf gekommen waren. Aus Anlaß des Weltkindertages stand das Treffen, das auch eine Kinderplenarsitzung beinhaltete, unter dem Leitwort „Wir lassen uns nicht verwalten – Wir wollen die Zukunft gestalten“. Die Moderation lag bei dem Vorsitzenden des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Erich Heckelmann (SPD), der für eine kurze Zeit auch einen „prominenten Zuhörer“ willkommen heißen konnte, den Ministerpräsidenten des Landes, Johannes Rau (SPD), selbst Vater von drei Kindern. Bei der Aussprache im Plenarsaal wurden von den jungen Leuten viele Sorgen und Probleme angesprochen. Der Vorwurf, der immer wieder laut wurde: Die Erwachsenen nehmen uns nicht ernst. Zum Schluß formulierten die jungen Gäste eine Resolution.

Auch der Landtagspräsident deutete in seinem Grußwort an, daß Kinder noch lange nicht für voll genommen würden. „Ob es um die Städte-, Verkehrs- oder Wohnungsplanung geht, um die Gewalt in der Schule oder um Suchtgefahren, Kinder und Jugendliche werden meines Erachtens zu selten gefragt, obwohl sie doch auch betroffen sind, manchmal sogar mehr als Erwachsene“, sagte Schmidt. Er rief die Kinder dazu auf, nicht nur mitzureden, sondern aktiv mitzugestalten. „Das wäre mein Wunsch und nicht nur heute hier im Parlament.“ Der Präsident wies darauf hin, in einigen Städten gebe es schon Kinderparlamente, in anderen Kinderbüros oder Kindersprechstunden. Im Plenarsaal erklärte der Präsident dann, er freue sich, daß an der Sitzung der Kinder und Jugendlichen Abgeordnete aller im Landtag vertretenen Parteien teilnahmen. „Über dem jeweiligen Platz schwebt ein Luftballon.“ Tatsächlich stießen die Politikerinnen und Politiker auf großes Interesse bei der Jugend. Alle waren gleich prominent, alle mußten Autogramme geben.

Ulrich Schmidt erinnerte noch einmal an die Resolution zu den Suchtgefahren aus dem Jahr 1994. Diese Resolution sei verschickt worden. Das ZDF habe daraufhin auf Sendungen für Kinder und Jugendliche ausdrücklich hingewiesen, in denen u. a. auch über Drogenprobleme berichtet worden sei. Abschließend gratulierte der Landtagspräsident der Schülerin Claudia Tobey aus Essen zum Geburtstag. „Sie wird 15 Jahre jung“, stellte Ulrich Schmidt gutgelaunt fest. Auch dem 14jährigen Christian aus Borken wurde gratuliert. Beide erhielten eine CD der Pop-Gruppe „Take that“ zum Geschenk.

Bei der plenaren Aussprache, bei der Erich Heckelmann den jungen Kolleginnen und



Landtagspräsident Ulrich Schmidt (vorne rechts) begrüßt die Kinder und Jugendlichen vor dem Parlament. Links neben dem Rednerpult der Vorsitzende des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie, Erich Heckelmann (SPD), der das Kinder-Parlament leitete. Fotos: Schälte

Kollegen manche Hilfestellung bot, aber auch schon einmal hartnäckig nachfragte, wurden kritische Töne laut. So beklagten junge Leute mangelhafte Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, fehlende Spielplätze vor allem in den Innenstädten, fehlende Fahrradwege, wild im Umland ausgeschütteten Müll und die leidigen Schulprobleme, zum Beispiel mit zu großen Klassen. Aber auch individuelle Sorgen mit spezifischen Mißständen wurden deutlich. So machte ein Mädchen aus Solingen dem Plenum klar: „Wir haben einen Basketballplatz, aber da schmeißt uns der Hausmeister immer runter. Was nützen uns Sportplätze, wenn wir nicht drauf dürfen.“

Auch die öffentlichen Verkehrsmittel waren Gegenstand kritischer Betrachtung. Dazu eine Schülerin aus Lippstadt: „Man sagt immer, wir sollen mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Was nützt uns das, wenn sie zu teuer sind.“



Stauen, lachen, wundern ... die Zappelinos aus Köln kamen.

Aus eigener Erfahrung berichtete der Ministerpräsident. Nachdenklich meinte Johannes Rau, wenn er überlege, was ihm seine drei Kinder morgens erzählten, stelle er fest, „die haben ungefähr die gleichen Sorgen und Wünsche wie ihr“. Der Regierungschef hielt der jugendlichen Zuhörerschaft dann ein kleines Kolleg über die Schwierigkeiten von Politik bei knappen Mitteln und schloß mit der Erkenntnis: „Wir müssen in der Politik versuchen, das, was viele wünschen, auf das zu begrenzen, was möglich ist.“

In Zwischenrunden bekamen auch Abgeordnete Gelegenheit zu einem Statement. Antonius Rösenberg (CDU) regte an, zu überlegen, ob nicht Kinderbeauftragte in Städten und Gemeinden vorgehalten werden sollten. Er machte darauf aufmerksam, daß im Kreis Höxter der Bürgermeister ein Kindertelefon eingerichtet habe. Bernd Flessenkemper (SPD) empfahl den Schülerinnen und Schülern: „Mischt euch überall ein, nicht nur im Kinderparlament. Geht mal zum Kinderbeauftragten oder in Kinderbüros! Mischt euch ein vor Ort!“ Ute Koczy (GRÜNE) zeigte sich echt erfreut über die jungen Leute: „Ich finde das ganz toll, daß ihr nach vorne gegangen seid und gesagt habt, das wollen wir!“ Was gesagt worden sei, müsse immer wieder gesagt werden, damit sich was ändere.

Veronika, Landesschülervertreterin, hatte Frau Koczy das Stichwort gegeben: „Wir können zwar was sagen, aber es hört uns keiner zu.“ Positiv dagegen der Hinweis eines Mädchens aus Herne, in ihrer Stadt gebe es seit drei Jahren ein Kinder- und Jugendparlament mit richtigen Arbeitskreisen, bei denen sich auch der Oberbürgermeister sehen lasse.

Die CDU-Abgeordnete Regina van Dinther, die ihre beiden kleinen Kinder mitgebracht hatte, schlug vor, sich so zu verhalten, wie sie es als 14jährige getan habe: „Ich bin

einfach den Parteien auf die Stube gerückt.“ Ähnlich äußerte sich Jürgen Jentsch (SPD): „Tretet der Politik, der Verwaltung, der Schulaufsicht auf die Füße. Nur so könnt Ihr die Welt mitgestalten!“. Der Grüne-Abgeordnete Jens Petring hielt nicht die Kinder, sondern die Erwachsenen für das Problem, weil sie nicht zuhören könnten. Der Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Weiterbildung, Heinrich Meyers (CDU), sprach die Gewalt an, mit der Kinder und Jugendliche heute konfrontiert würden. „Wir müssen nach den Ursachen forschen, warum es so viel Gewalt an den Schulen gibt und müssen nach Lösungswegen suchen“, betonte Meyers. Der SPD-Abgeordnete Manfred Degen war dafür, daß Schülermitverwaltungsgesetz „entschieden“ zu ändern. Alle Beteiligten, auch die Schüler, mußten mehr zu sagen haben.

Zum Schluß der Plenarveranstaltung stellte der Kinderbeauftragte des Landes NRW, Dr. Reinald Eichholz, die Resolution vor, die nach gemeinschaftlicher Überarbeitung, einstimmig bei einer Enthaltung verabschiedet wurde. Die Resolution hat den Wortlaut:

*Demokratie ist nicht nur für Erwachsene da! Wir Kinder sagen: Wir lassen uns nicht verwalten, wir wollen die Zukunft gestalten! Den meisten von uns geht es gut. Aber mit vielem sind wir auch nicht einverstanden: Wir sind gegen Umweltzerstörung! Wir sind gegen Gewalt und Ausländerfeindlichkeit und Krieg! Wir sind gegen den Wahnsinnsverkehr und wollen Städte, in denen auch Kinder Rechte haben! Wir wollen mehr Platz zum Spielen! Wir sind gegen öde Spielplätze und brauchen mehr Freizeitangebote! Wir brauchen mehr Radwege! Wir sind gegen Langeweile in der Schule und für mehr Mitsprache bei der Gestaltung des Unterrichts sowie für eine bessere Ausstattung und mehr Lehrer in der Schule! Wir protestieren, daß die Schülermitverwaltung nicht ernst genommen wird und uns keiner wirklich zuhört! Wir sind gegen Erwachsene, die uns immer ausmotzen! Wir wünschen uns in jeder Gemeinde regelmäßige Mitmachaktionen! Wenn so viel Geld ausgegeben wird, warum nicht so, daß auch Kinder etwas davon haben. Wir sind gegen Tierquälerei! Die Fahrpreise für Kinder sind zu hoch. Wir sind für mehr Hilfen auch für ältere Menschen, z. B. im Krankenhaus! Laßt uns da mitreden und mitentscheiden. Dann können wir überall, wo es um Kinder geht, sagen, worauf es ankommt. Macht uns nicht so viele Vorschriften. Fragt uns, wenn ihr wissen wollt, was „kinderfreundlich“ ist. Wenn wir erklären, wie wir leben, was wir brauchen, wofür und wogegen wir sind, ist das bestimmt auch gut für andere. Wir sind für mehr Kinderforen, wo Kinder wirklich mitmischen können! Wir bitten den Landtagspräsidenten, Ulrich Schmidt, dies allen Verantwortlichen im Landtag und in der Regierung und den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern zu sagen und sich dafür einzusetzen, daß die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen überall verbessert wird.* e. h.

An der Veranstaltung „Kinder im Parlament 1995“ im nordrhein-westfälischen Landtag haben teilgenommen:



Hunderte von Luftballons stiegen in den spätsommerlichen Himmel. Die unter dem Vordach des Parlamenteingangs hängengeblieben waren, wurden mit einem Besen „befreit“. Fotos: Schälte.

Olof-Palme-Gesamtschule der Gemeinde Hiddenhausen, Städt. Gesamtschule Ratingen-West im Schulzentrum Ratingen-West, Gesamtschule Dormagen, Erich-Kästner-Schule Städt. Gesamtschule Bochum, Städt. Gesamtschule Waldbröl, Albert-Einstein-Gesamtschule der Stadt Werdohl, Gymnasium der Stadt Lage, Städt. Gymnasium Oerlinghausen, Städt. Gymnasium Sedanstraße Wuppertal, Gymnasium Vogelsang, Schulzentrum Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Solingen, Haranni-Gymnasium, Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Herne, Siegtal-Gymnasium der Gemeinde Eitorf, Gymnasium Netphen, Albrecht-Dürer-Gymnasium Gymnasium der Stadt Hagen, Städt. Ruhr-Gymnasium Witten, Beisenkamp-Gymnasium, Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Hamm, Kopernikus-Aufbaugymnasium Beckum, Marktschule, Städt. Gem. Hauptschule Bielefeld-Brackwede, Städt. Kath. Hauptschule-St. Benedikt-Schule Düsseldorf, Städt. Gem. Hauptschule Borner Weg Mettmann, Städt. Kath. Hauptschule Grevenbroich, Städt. Gem. Hauptschule Wilhelmstraße Remscheid, Städt. Gem. Hauptschule Scharnhorst Dortmund, Städt. Gem. Hauptschule-Schulzentrum Brauck- Gladbeck, St. Georg-Schule, Kath.

Hauptschule der Stadt Vreden, Gem. Hauptschule Pulheim, Kaiser-Otto-Schule Elspe Gem. Hauptschule der Stadt Lenne-stadt, Gem. Hauptschule Drolshagen, Priv. Söderblom-Gymnasium Espelkamp, Priv. Realschule-Tagesheimschule des Bistums Essen, Friedensschule, Differenz-Gesamtschule für Jungen und Mädchen des Bistums Münster, St. Josef-Schule, Priv. Mädchengymnasium Jülich, Marienschule Priv. Gymnasium für Jungen und Mädchen Lippstadt, Städt. Realschule-Schulzentrum Lohfeld Bad Salzuflen, Mildred-Scheel-Realschule Städt. Realschule für Mädchen Neuss, Städt. Realschule am Sportpark Dormagen, Nünning-Realschule der Stadt Borken, Realschule Velen/Ramsdorf, Heinrich-von-Kleist-Schule Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Bochum, Städt. Gymnasium Petrinum Recklinghausen, Geschwister-Scholl-Gymnasium Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Marl, Städt. Elsa-Brandström-Gymnasium Oberhausen, Städt. Heinrich-Heine-Gymnasium Bottrop, Otto-Hahn-Gymnasium Städt. Gymnasium für Jungen und Mädchen Dinslaken, Gymnasium Tönisvorst Schulzentrum Corneliusfeld, Gymnasium Senden, Hannah-Arendt-Gymnasium für Jungen und Mädchen Lengerich, Städt. Gymnasium Volkhoven-Weiler Köln, Städt. Gymnasium Eschweiler, Gymnasium der Stadt Alsdorf, Gymnasium der Stadt Baesweiler, Städt. Anno Gymnasium Siegburg, Gustav-Heinemann-Schule, Städt. Realschule für Jungen und Mädchen Duisburg, Heinrich-Pattberg-Realschule Städt. Realschule Moers, Städt. Realschule für Jungen und Mädchen Kamp-Lintfort, Realschule Hörstel, Anne-Frank-Schule Realschule der Stadt Ahaus, Realschule für Jungen und Mädchen Gescher, Realschule der Stadt Frechen, Städt. Realschule für Jungen und Mädchen Ahlen, Städt. Schule für Lernbehinderte Mönchengladbach-Rheydt, Städt. Schule für Lernbehinderte-Sonderschule Gelsenkirchen, Fröbelschule Städt. Schule für Lernbehinderte-Sonderschule Coesfeld und An der HöH Schule für geistig Behinderte Sonderschule Lüdenscheid.



Vor Beginn der Kinder-Plenarsitzung gratulierte Landtagspräsident Ulrich Schmidt der Essenerin Claudia Tobey zum 15. Geburtstag.

## Regierung beantragt Entlastung für Haushaltsrechnung des Jahres 1993

Das Plenum hat die Vorlagen 12/112 (Haushaltsrechnung des Landes NRW für das Rechnungsjahr 1993) und 12/113 (Jahresbericht 1995 des Landesrechnungshofs NRW über das Ergebnis der Prüfungen im Geschäftsjahr 1994) erörtert und an den zuständigen Ausschuß für Haushaltskontrolle (Vorsitzender Wilhelm Riebinger, CDU) überwiesen.

**Walter Greverer** (SPD) erwähnte die beiden spektakulären Feststellungen, die der Landesrechnungshof (LRH) in seinem Bericht getroffen habe: Schulden der öffentlichen Hand und Korruption in der öffentlichen Verwaltung. Es sei festzustellen, daß der Schuldenstand des Landes sich inzwischen auf 124 Milliarden Mark belaufe. Dabei müsse gesagt werden, daß das Land mit seiner Initiative zur Erschwerung der Fremdfinanzierung des Staates im Bundesrat allein geblieben sei. Darum müsse man sich, „nicht zuletzt um insgesamt die gleichen Lebensverhältnisse zu sichern“, über Kredite finanzieren, um Investitionen zu tätigen und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vorzuhalten. Aus dem LRH-Bericht würden aber auch die Konsolidierungsbemühungen des Landes deutlich; so sei das Verhältnis zwischen Zinsen und Steuerertrag in den letzten Jahren wesentlich reduziert worden, betonte Greverer und machte darauf aufmerksam, daß der Gesetzgeber in der letzten Wahlperiode die Ressourcen des LRH gestärkt habe, nicht zuletzt um ihn zu befähigen, detailliertere Untersuchungsergebnisse zur Korruption im öffentlichen Dienst vorzulegen. Der Abgeordnete begrüßte, daß auf Anregung des

LRH wesentliche Verbesserungen bei der Behandlung der über- und außerplanmäßigen Ausgaben erreicht worden seien, die Vorschläge in Sachen Naturschutz und Landschaftspflege seien ebenfalls weitgehend umgesetzt worden und bei der Bearbeitung der Erbschaft- und Schenkungssteuer werde der Finanzminister sicher ebenfalls den Verbesserungsvorschlägen des LRH folgen.

**Michael Thomas Breuer** (CDU) stimmte der LRH-Feststellung zu, die Schuldenentwicklung im Lande sei besorgniserregend. Die Nettoneuverschuldung belaufe sich auf sechs Milliarden Mark, in diesem und im kommenden Jahr seien neue Rekordhöhen zu erwarten. Das sei nicht als spektakulär zu bezeichnen, wie es sein Vorredner getan haben, „denn das Spektakuläre ist in Nordrhein-Westfalen ja schon die Normalität geworden“. Seit Jahrzehnten verspreche die Regierung, die Neuverschuldung des Landes zurückzuführen, vor 30 Jahren habe sie auch festgestellt, die öffentliche Finanzwirtschaft müsse wieder geordnet werden, „aber die nackten Zahlen sprechen etwas anderes“. Der Abgeordnete nannte es ein „bescheidenes“ Ziel, sich vorzunehmen, daß die Personalausgaben 50 Prozent der Steuereinnahmen oder 40 Prozent der Gesamtausgaben nicht überschreiten dürfen. Zudem müsse man überlegen, wie man es in Zukunft mit den Pensionszusagen halte: „Ich glaube, das wird ein großes Thema in den nächsten fünf bis zehn Jahren werden.“ Das betreffe aber nicht nur das Land, sondern alle anderen Gebietskörperschaften, fügte Breuer an: „Wenn Pensionszusagen sicher bleiben müssen, dann müssen sie auf sichere Beine gestellt werden.“ Er dankte dem LRH wie schon Greverer für seine Arbeit.

**Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE) griff aus dem Bericht des LRH zwei Beispiele heraus, die Erbschaft- und Schenkungssteuer, die dem Lande zufließen, und die Subventionen des

Wirtschaftsministers. Die Bedeutung der Steuerart sei den zuständigen Stellen des Landes offenbar nicht hinreichend bewußt, es fehlten Richtlinien für die Bearbeitung, Meldepflichten würden nicht hinreichend beachtet und die Arbeit in den Steuerstellen erfolge meist noch von Hand und ohne Einsatz der automatischen Datenverarbeitung. Diese Mängel hätten erhebliche Auswirkungen zum Nachteil des Landes. Was die Technologieförderung durch das Wirtschaftsministerium angehe, so habe der LRH hier erneut wesentliche Verstöße gegen die Verpflichtung des Zuwendungsempfängers festgestellt, die Zuwendung wirtschaftlich und sparsam zu verwenden; das Ministerium zahle allzu freizügig aus und prüfe die zweckentsprechende Verwendung nicht ausreichend. Der neue Wirtschaftsminister solle diesen „Schlendrian“ bekämpfen, der da in den letzten Jahren eingerissen sei.

**Finanzminister Heinz Schleußer** (SPD) sprach zur Haushaltsrechnung 1993 und bat für die Landesregierung um Entlastung: „Mit 79,9 Milliarden DM ist der Kassenabschluß in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen. Die im Haushaltsplan 1993 veranschlagten globalen Mehreinnahmen von 195 Millionen Mark sind aufkommen, die mit rund einer Milliarde Mark globale Minderausgabe wurde erwirtschaftet.“ Der LRH bestätige seine, Schleußers, Feststellung, daß der Haushalt 1993 in den Ansätzen nach dem Haushaltsplan ausgeglichen war und in den Gesamt-Ist-Einnahmen und Gesamt-Ist-Ausgaben ausgeglichen abgeschlossen worden ist. „Damit ist dem Verfassungsgebot eines in Plan und Rechnung ausgeglichenen Haushalts entsprochen“, stellte der Minister fest und fügte an, er rate der CDU-Opposition, deutlich dem Bundesfinanzminister zuzuhören, der bei jeder sich bietenden Gelegenheit erkläre, „wie froh er wäre, mit einer solch niedrigen Zinsbelastung wie beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen auszukommen“.



Gruppendynamik im Plenarsaal: Immer wieder bilden sich in kurzen Beratungspausen fraktionsinterne oder fraktionsübergreifende Beratungszirkel, die das Vorgefallene erörtern oder Strategien für kommende Verhandlungen entwerfen. Zwei solcher Gesprächsrunden dokumentieren diese Aufnahmen vom vergangenen Plenum, links bei der CDU (v. l.): Ilka Keller (mit dem Rücken zur Kamera), Volkmar Klein, Marie-Luise Fasse, Theodor Kruse und Dr. Heinz-Jörg Eckhold (alle CDU). Im Bild rechts ist die SPD unter sich (v. l.): Europaminister Professor Dr. Manfred Dammeyer (vorne unten), Wirtschaftsminister Wolfgang Clement, Fraktionschef Klaus Matthiesen und (mit dem Rücken zur Kamera) Ministerpräsident Johannes Rau. Im rechten Bildhintergrund ist Reinhold Trinius zu erkennen. Fotos: Schälte

## Grubenausschuß tagte bei Bundesknappschaft in Bochum

Fritz Kollorz (CDU) berichtete als Vorstandsvorsitzender der Bundesknappschaft zunächst über aktuelle Entwicklungen dieser „weltweit mit Abstand ältesten Sozialversicherung“. Auf den im Bochumer Stammhaus laufenden Paternoster anspielend, sprach Kollorz von der jahrzehntelangen sozialpolitischen Tradition bei gleichzeitiger Modernität. Die Bundesknappschaft sei der einzige Sozialversicherungsträger Deutschlands, der sowohl die Renten- als auch die Kranken- und die Pflegeversicherung umfasse. Das Volumen des soeben abschließend beratenen, der Bundesregierung vorzulegenden Haushalts in Höhe von 37 Milliarden Mark umfasse die Ausgaben aller drei Säulen der sozialen Sicherheit der deutschen Bergleute, davon 8,5 Milliarden Mark für die Kranken-, 27 für die Renten- und 1,8 Milliarden Mark für die Pflegeversicherung. Die acht Krankenhäuser der Bundesknappschaft setzten mit 14 000 Beschäftigten 700 Millionen Mark um, wobei der Kostenanstieg auch hier Sorgen bereite. 1800 der 7 000 Verwaltungsbeschäftigten seien umgeschulte Knappschafts-Angestellte aus den neuen Bundesländern. Deren Leistung sei besonders hoch zu werten wegen der parallel absolvierten Fortbildung. Die Bundesknappschaft versorge 900 000 Rentner und versichere 350 000 Aktive. Seit Inkrafttreten der Pflegeversicherung seien mehr als 100 000 Anträge bearbeitet worden, wobei der eigene Sozialmedizinische Dienst hilfreich gewesen sei.

In seiner Rolle als Vorsitzender der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) rechtfertigte Kollorz dann die Fortführung des Ausschusses für Grubensicherheit im 12. NRW-Landtag. Der Verzicht auf die Einsetzung dieses Ausschusses wäre nach Meinung der beiden anwesenden Fraktionen als falsches Signal verstanden worden. Kollorz regte an, einen Ausschuß für Grubensicherheit auch in neuen Bundesländern, vor allem in Brandenburg einzusetzen.

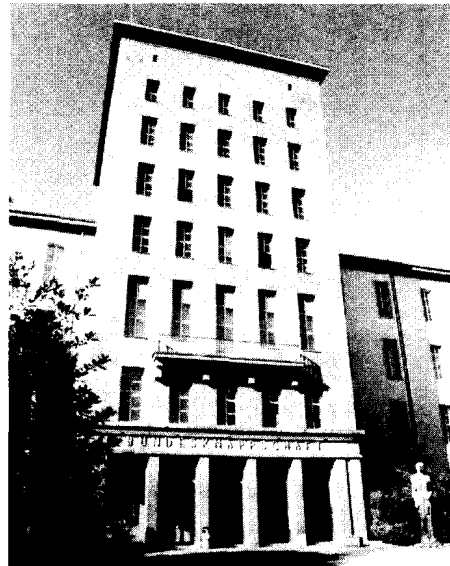
Er begrüßte dann als erste Frau in diesem Ausschuß die CDU-Abgeordnete Otti Hüls (Karin Hussing gehörte in der 11. Wahlperiode dem Ausschuß als stellvertretendes Mitglied der SPD-Fraktion an). Frau Hüls bemerkte, vor zehn Jahren sei ihr als Frau die Mitgliedschaft noch verwehrt worden. Aufgabe des Ausschusses sei, so fuhr Kollorz fort, die Sorge um Leben und Gesundheit der durch Braunkohlen- und Steinkohleförderung und auch der bei der Untertage-Entsorgung Beschäftigten. Zunehmend gehe es um den Einsatz gefährlicher Arbeitsstoffe. Zulässige Werte bei Staubemissionen seien seit dem 1. 1. 1995 verschärft worden. Neben technischen und organisatorischen Gegenmaßnahmen gehe es immer wieder auch um das lebendige Vorbild, das Vor-Leben von Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit durch Führungspersonen.

Das Projekt Gemeinschaftsaufgabe Arbeitsschutz der Berufsgenossenschaft, der Ruhrkohle AG und der Bundesknappschaft zeige erste Früchte und wirke vielleicht über Nordrhein-Westfalen hinaus. Als ein Thema sei dort Bandfarbe diskutiert worden, nach spektakulären Unfällen an Förderbändern.

In der anschließenden Aussprache vertei-

## Mehr Sicherheit und Gesundheit für 25 Millionen Bergarbeiter der Welt

*Unter Leitung seines neuen Vorsitzenden Eberhard Sohns (SPD) tagte der Landtagsausschuß für Grubensicherheit zum Auftakt der 12. Wahlperiode am 15. September bei der Bundesknappschaft in Bochum. Nach einem aktuellen Lagebericht des Vorstandsvorsitzenden, des Landtagsabgeordneten Fritz Kollorz (CDU), informierte die Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) über einen „großartigen Erfolg“ bei der Internationalen Arbeitskonferenz und über Arbeits- und Gesundheitsschutz nach dem Zusammenschluß mit der IG Chemie und der Gewerkschaft Leder.*



*Eingang zum Hauptgebäude der Bundesknappschaft in Bochum*

digte Vorsitzender Sohns die Freiheit des Grubenausschusses, Fachthemen auch im Vorfeld zu beraten. Er befürchtete in Zeiten der Kostensenkung Auswirkungen auch auf eingeschränkte Sicherheit. Die Technik sei ausgereizt, sie sei ohne unvermeidbaren Aufwand nicht mehr zu verbessern. Jetzt gehe es um Schulung und Organisation, etwa die Arbeit in Kleingruppen. „Nadelstiche“ wirkten manchmal auch positiv wie eine Akupunktur, meinte er in Anspielung auf die Politik der Opposition. Der Vorsitzende überreichte namens des Ausschusses nachträglich dem CDU-Kollegen Franz-Josef Pangels eine Barbara-Figur zum 60. Geburtstag.

Manfred Degen (SPD) fragte nach abnehmendem Einfluß der IGBE nach der Fusion mit der IG Chemie und der Gewerkschaft Leder. Bei diesem Stichwort übergab der IGBE-Sekretär Erich Manthey dem Ausschuß eine gemeinsame Broschüre der drei Gewerkschaften „Für eine zukunftsorientierte Umwelt-, Arbeits- und Gesundheitsschutzpolitik“. Darin fordern alle drei Gewerkschaften Mitbestimmung und Mitgestaltung beim erweiterten Arbeitsschutz, wie er insbesondere durch EU-Richtlinien angestoßen werde. Kollorz teilte mit, Bochum bleibe Sitz der IG Bergbau. Neben der Zentrale Hannover werde es neun oder zehn Bezirke geben, davon zwei in NRW. Als neuer Sachverständiger hob Ruhrkohle-Vorstandsmitglied Dr. Raimund Utsch die positive Wirkung der Fünfminutengespräche vor jeder Schicht hervor.

Die IGBE-Vertreter Erich Manthey und Herbert Keller übergaben dem Ausschuß auch eine Information des Vorstandsbereichs Arbeitsschutz/Technologie zur Annahme einer Konvention und einer Empfehlung für Gesundheit und Sicherheit im Bergbau durch die Internationale Arbeitskonferenz (IAO) im Juni in Genf, eines „großartigen Erfolgs“ und gemeinsamen Triumphs des Internationalen Bergarbeiterverbands. Die IGBE sei an diesem Erfolg in großem Umfang beteiligt gewesen. Die Annahme dieser Konvention (mit 378 Ja- bei neun Gegenstimmen und 34 Enthaltungen) bedeute einen gewaltigen Fortschritt für die über 25 Millionen Bergarbeiter auf der Welt. Dem Gedenken an weltweit jährlich über 15 000 tödlich verunfallte Bergleute werde der Einsatz für die internationale Durchsetzung des hohen Sicherheitsniveaus des deutschen Bergbaus am besten gerecht.

### VOR 25 JAHREN...

*...erschien am 8. Oktober 1970 die erste Ausgabe von „Landtag intern“. Aus diesem Anlaß nachstehend ein „Blick über den Zaun“ mit etwas „Weihrauch“.*

„Maximilianeum“, die Zeitung des Bayerischen Landtags erscheint seit 1989 zehnmal pro Jahr mit themenbezogenen Berichten zur Landespolitik. Der „Jahrespiegel“ des Landtags von Baden-Württemberg faßt das Geschehen eines Jahres zusammen. „Der Landtag Schleswig-Holstein“ erscheint ebenfalls zehnmal pro Jahr. Einen „Landtagskurier“ gibt es seit der Deutschen Einheit vom Thüringischen und vom Sächsischen Landtag. Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern infor-

miert seit fünf Jahren mit „Landtagsnachrichten“ monatlich, „Der Landtag am Domplatz“ aus Sachsen-Anhalt.

Unter den Parlamentszeitungen der deutschen Landtage weist „Landtag intern“ nicht nur die längste Tradition auf, sondern berichtet auch als einzige nahezu vollständig über das Landtagsgeschehen: sitzungswöchentlich in 22 Ausgaben pro Jahr über alle Plenarsitzungen, wobei nahezu alle Wortmeldungen der Abgeordneten berücksichtigt werden, über die Ausschüsse mit den Statements der Fachsprecher und -sprecherinnen und über wichtige Anliegen aus den Fraktionen. Gegenüber allen anderen Landtagszeitungen bietet „Landtag intern“ dem einzelnen Abgeordneten die größten Chancen, persönlich einen Teil seiner öffentlichen Arbeit in Wort und Bild kundzutun.

## Landtag und Landesregierung erstmalig zu Gast bei der Landeshauptstadt

### Empfang im Düsseldorfer Stadtmuseum

Landtag und Landesregierung waren zu Gast bei der Landeshauptstadt Düsseldorf. Als Gastgeberin hatte Oberbürgermeisterin Marlies Smeets eine gemeinsame Einladung zu diesem Treffen ausgesprochen. Für das Landesparlament war ihr Landtagspräsident Ulrich Schmidt gefolgt. Anwesend waren auch acht Landesminister. Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) hatte der ersten Zusammenkunft dieser Art wegen einer Erkältung fernbleiben müssen.

Die Düsseldorfer Oberbürgermeisterin unterstrich bei ihrer Begrüßung im Stadtmuseum die Bedeutung gegenseitigen Kennenlernens sowie Fortsetzung und Vertiefung der vertrauensvollen Zusammenarbeit. Nach ihren Worten ist kurz vor dem 50. Geburtstag von Land und Landeshauptstadt im kommenden Jahr der Ausbau der Landeshauptstadt in überzeugender Weise vorangekommen. Wesentliches Indiz ist für sie die Tieflegung der Rheinuferstraße, die Düsseldorf eine schöne Promenade und den Einrichtungen des Landes eine repräsentative Umgebung beschert hat. „Die Düsseldorfer Bürgerinnen und Bürger“, so Marlies Smeets, „beginnen nun erstmals so etwas wie Stolz zu entwickeln, Landeshauptstädter zu sein.“

Die Oberbürgermeisterin erinnerte aber auch daran, daß das Verhältnis zwischen Stadt und Land in der Vergangenheit nicht immer ganz konfliktfrei war. Sie nannte als Beleg dafür die vielfältigen Diskussionen um das Ständehaus, dessen zunächst vorgesehener Ausbau auf heftigen Widerstand in der Düsseldorfer Öffentlichkeit gestoßen war. Es gab Angebote anderer Städte, den Landtag bei sich aufzunehmen. Schließlich hat sich aber der Landtag souverän für den Neubau am Hafen entschieden. „Am Vorabend des Jahrestages unseres Doppeljubiläums“, so Marlies Smeets, „ist festzuhalten, daß aus dem beziehungslosen Nebeneinander der frühen Jahre und aus dem Gegeneinander bei Halbzeit nun ein Miteinander geworden ist.“



Erste Zusammenkunft im Düsseldorfer Stadtmuseum: v. l. Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD), Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE), Landtagspräsident Ulrich Schmidt, Schulministerin Gabriele Behler (SPD), Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD), Oberbürgermeisterin Marlies Smeets und der Düsseldorfer Oberstadtdirektor Dr. Peter Hölz. Zu den Gästen zählten ferner Finanzminister Heinz Schleußer (SPD), Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE), Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) und Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD).

### Im Opernhaus

Landtagspräsident Ulrich Schmidt sprach in seiner Erwidern der Stadt Düsseldorf Dank dafür aus, daß sich hier in der Vergangenheit schon einige Generationen von Abgeordneten wohl fühlen durften. Er erinnerte an die nicht immer einfachen Umstände der Gründung des Landes und die erste Sitzung des Parlamentes im Opernhaus. Spätere Sitzungen in der Werkkantine von Henkel seien immer nur dann möglich gewesen, so Schmidt, wenn nicht gerade Film- oder Tanzdarbietungen der Briten auf dem Programm gestanden hätten. Das Parlament habe aber Düsseldorf immer die Treue gehalten und mit dem Neubau am Rhein ein deutliches Zeichen der Verbundenheit gesetzt.

Die Beziehung zwischen Stadt und Land erinnerten ihn ein wenig an das Zusammenleben in der Großstadt: Man kenne den Nach-

barn auf der anderen Straßenseite seit Jahren vom Sehen, man grüße sich, wechsele gelegentlich das eine oder andere Wort, bekomme von Ferne die familiären Entwicklungen mit, aber persönlicher Kontakt bestehe nicht. Sein erster „Außen“-Termin als neuer Landtagspräsident habe ihn zur Schlußsteinlegung am Rheinufer in die Landeshauptstadt geführt. Bei diesem Termin sei auch der Gedanke zu dem jetzigen Zusammentreffen geboren worden, den die Oberbürgermeisterin sofort aufgegriffen hätte. Auch er unterstrich, daß es nun die Kontinuität in der vertrauensvollen Zusammenarbeit zu sichern gelte und ein besseres persönliches Kennenlernen der Verantwortlichen ermöglicht werden sollte. „Mit diesem Nachbarschaftstreffen“, so Schmidt, „werden wir enger zusammenrücken.“ Bei der Eröffnung der Rheinuferpromenade und dem gerade zurückliegenden Besuch des Bundespräsidenten wurde dazu nach seinen Worten auch bereits ein erster Anfang getan.

## Norbert Burger Erster Vizepräsident des Weltgemeindefundes

Der Kölner Oberbürgermeister, Landtagsabgeordnete und Vizepräsident des Deutschen Städtetages, Norbert Burger (SPD), wurde in Den Haag zum Ersten Vizepräsidenten des Internationalen Gemeindeverbandes IULA (International Union of Local Authorities) gewählt.

Burger, dessen Kandidatur sowohl von dem scheidenden IULA-Präsidenten, dem Italiener Ricardo Triglia, als auch von dessen Nachfolger, dem Oberbürgermeister von Santiago de Chile, Jaime Ravinet, unterstützt wurde, konnte sich mit 62 zu 31 Stimmen gegenüber seinem Mitbewerber, dem Engländer Charles Gray, durchsetzen.

Damit wurde nach dem früheren Bremer Regierenden Bürgermeister Hans Koschnick, der von 1981 bis 1985 IULA-Präsident war, zum zweiten Mal ein Deutscher in eines der höchsten Ämter dieser Weltorganisation gewählt.

In der bereits 1913 gegründeten Internationalen Gemeindeorganisation IULA mit Sitz in Den Haag sind nationale Gemeindeverbände, aber auch einzelne Städte und Gemeinden aus über 80 Ländern der Erde zusammengeschlossen. Dieses weltweite Netzwerk wächst entsprechend der neuen globalen Herausforderungen ständig. Sechs regionale Abteilungen und Sekretariate decken Asien und das pazifische Insel-

reich, Afrika, Europa, Latein- und Nordamerika sowie den Nahen Osten ab.

Als internationale Stimme der Kommunen arbeitet IULA mit den internationalen Staatenorganisationen und Nichtregierungsorganisationen eng zusammen. Angesichts der weltweiten Dezentralisierungs-, Demokratisierungs- und Urbanisierungstendenzen kommt der IULA eine immer größere Bedeutung zu. Sie ist von den Vereinten Nationen als weltweite Spitzenorganisation der Kommunen anerkannt und deren Partner bei der Vorbereitung und Durchführung der zweiten UN-Weltkonferenz über das globale Siedlungs- und Wohnungswesen (HABITAT II) 1996 in Istanbul.

## Präsident begann mit Besuch von Bergischem Städtedreieck

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt, begann mit einem Besuch in Wuppertal, Remscheid und Solingen eine Reihe von Informationsreisen in die Region, um sich über die Situation „vor Ort“ zu informieren.

In Wuppertal konferierte er mit der dortigen Oberbürgermeisterin Ursula Kraus und dem Oberstadtdirektor Dr. Joachim Cornelius. Anschließend nahm er an einer Sitzung der Regionalkommission des Bergischen Städtedreiecks teil.

In Remscheid begegnete er zu einem Informationsgespräch Reinhard Ulbrich, Oberbürgermeister der Stadt Remscheid, den Stellvertretenden Bürgermeistern Klaus-Peter Spötter und Wolfgang Sause sowie dem Stadtdirektor Karl-Manfred Halbach. Dort besichtigte er auch das Röntgen-Museum.

## Gedenken am Mahnmahl

In Solingen konferierte er mit dem dortigen Oberbürgermeister Gerd Kaimer und den Stellvertretenden Bürgermeistern Julia Freiwald und Bernd Krebs sowie dem Oberstadtdirektor Dr. Ingolf Deubel und den Fraktionsvorsitzenden Ulrich Uibel (SPD), Franz Haug (CDU), Sylvia Löhrmann (Bündnis 90/DIE GRÜNEN) und Heinz-Eugen Berentzen (F.D.P.). Er suchte dort auch das Mahnmahl „Brandanschlag“ zum Gedenken auf.

Der Präsident möchte mit diesen Informationsreisen die Bedeutung der Region im Land besonders hervorheben und die Bedeutung der Regionalpolitik für den Landtag unterstreichen.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur), Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03, 8 84 23 04 und 8 84 25 45, btx: \*56801#, FAX 8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Friedhelm Geraedts, Pressesprecher des Landtags

Redaktionsbeirat Birgit Fischer MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin, Heinz Hardt MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ute Koczky (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvorstands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Joachim Ludwig (CDU), Pressesprecher, Werner Stürmann (GRÜNE), Pressesprecher.  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung: Tritsch Druck und Verlag, Düsseldorf  
ISSN 0934-9154

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Bevor Heinrich Kruse (49) mit seiner Kritik loslegt, betont er, daß er nicht gegen die Braunkohle sei. Doch mit der Mehrheitsmeinung in seiner Fraktion zu Garzweiler II stimmt der CDU-Abgeordnete aus Bocholt keineswegs überein: „Wir können nicht Rheinbraun einen Blankoscheck geben, 120 Millionen Jahrestonnen bis 2040 abzubaggern.“

Landwirtschaftsmeister Kruse, der seit zehn Jahren den Landtagsausschüssen für Umweltschutz und Raumordnung sowie für Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz angehört, räumt ein, daß man dem Braunkohleunternehmen Planungssicherheit bieten müsse. Dafür hätte es aber aus seiner Sicht ausgereicht, zunächst nur ein Teilgebiet von Garzweiler II für den Abbau in den Jahren 2006 bis 2017 zuzulassen. Dann wäre Zeit gewonnen worden, „an moderner Umwelttechnik zu nutzen, was möglich ist“. Als Beispiel nennt er die Kobra-Kraftwerkstechnik, mit der in einigen Jahren ein höherer Wirkungsgrad und damit ein geringerer CO<sub>2</sub>-Ausstoß erreicht werden könnte.

Mit der Genehmigung von Teilabschnitten, die sich nach Kruses Auffassung auch betriebswirtschaftlich rechnen würden, hätte sich auch die Möglichkeit eröffnet, künftige Entwicklungen auf dem Energiesektor zu berücksichtigen, etwa im Bereich der erneuerbaren Energien. Möglicher Kritik beugte er so vor: „Dabei ist mir natürlich klar, daß wir die großen Walzstraßen im Industrieland Nordrhein-Westfalen nicht mit Windkraftträdern betreiben können.“ Hier sei er völlig realistisch, beteuert er und wiederholt seine Forderung: „Was im Umweltschutz möglich ist, müssen wir einfach nutzen.“

Im Rückblick auf die beiden vergangenen Wahlperioden des Landtags benennt Kruse dies als sein Hauptthema: Eine engere Verflechtung, eine dichtere Vernetzung zwischen Umweltschutz, Rohstoffen und Landwirtschaft: „Wenn wir keine Landwirtschaft mehr hätten, dann wäre der ländliche Raum tot.“ Dies könne man in anderen Regionen Europas und auch in den neuen Bundesländern sehen. Mit dem Rückgang der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Höfe sei dort „das Leben in den Dörfern förmlich kaputt gegangen“. Entschieden weist er gelegentlich geäußerte Vorwürfe zurück, sich mit solchen Äußerungen als Lobbyist der Landwirtschaft ausgewiesen zu haben. Stets habe er sich vor allem für den Umweltschutz engagiert, auch in seiner parlamentarischen Arbeit.

Gleichzeitig versichert Kruse, daß der Landwirtschaftsausschuß, dessen Vorsitzender er in der elften Legislaturperiode war, durchaus nicht unter Arbeitsmangel leide, nachdem zahlreiche Kompetenzen nach Bonn und besonders nach Brüssel abgegeben werden mußten. Naturschutz, Gewässerschutz und Verbraucherschutz seien sehr intensiv mit der Landwirtschaft verknüpft. So sei in Nordrhein-Westfalen, der mit 18 Millionen Einwohnern dichtest



Heinrich Kruse (CDU)

besiedelten Region Europas, die Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ einwandfreien Nahrungsmitteln ein wichtiger Punkt.

Mit Nachdruck setzt sich Kruse für ein Gütesiegel für Nahrungsmittel ein. Für die Vermarktung der in Nordrhein-Westfalen produzierten Nahrungsmittel müsse mehr getan werden. So sollte auf den Nahrungsmitteln eine regionale Herkunftsbezeichnung stehen, etwa „Fleisch aus dem Münsterland“ oder „Obst vom Niederrhein“. Die Verbraucher würden heute häufig verunsichert durch negative Schlagzeilen, wie etwa beim britischen Rinderwahnsinn BSE. Solcher Verunsicherung könne man nur mit kleinräumigen Herkunftshinweisen entgegenwirken.

Freimütig räumt Kruse ein, daß eine solche Warenauszeichnung naturgemäß nicht nur im Interesse der Verbraucher, sondern auch der Produzenten liege, denn schließlich könnten dadurch die Marktchancen durchaus verbessert werden. Kruse: „Wir müssen sehr viel deutlicher als bisher herausarbeiten, daß Erzeuger und Verbraucher mehr gemeinsame Interessen haben, als es bisher dargestellt wurde.“ Wichtig sei es auch, stärker gegen die sogenannte „Umetikettierung“ vorzugehen. Er erinnerte an die kriminelle Energie, mit der holländische Tomaten als deutsche angeboten wurden, was zu Millionengewinnen geführt habe. Kritisch beurteilt Kruse die Arbeit der von Firmen und Verbänden getragenen „Agrarangebotsmarketing“ (AGM) in Münster, die erhebliche Zuschüsse vom Land erhalte. Diese Landesmittel sollten aus Kruses Sicht besser und wirkungsvoller eingesetzt werden. In einem neuen Konzept solle das Land seine Zuschüsse binden an klare Kriterien, wobei auch die Herkunft der Produkte aus NRW-Regionen erkennbar werden müsse. Bei der AGM übe das Land, so Kruse, keinerlei Kontrolle darüber aus, welche Produkte der dort organisierten Brauereien, Fleischereien und Molkereien bezuschußt würden.

Ludger Audick

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 2. bis 10. Oktober 1995

- 2. 10. **Michael Breuer** (CDU), 30 J.
- 4. 10. **Dr. Stefan Bajohr** (GRÜNE), 45 J.
- 4. 10. **Birgit Fischer** (SPD), 42 J.
- 10. 10. **Ewald Groth** (GRÜNE), 42 J.
- 10. 10. **Daniel Kreutz** (GRÜNE), 41 J.
- 10. 10. **Hedwig Tärner** (GRÜNE), 35 J.

★

**Doris Langenbruch** aus Bad Oeynhausen ist vom Landtag auf Vorschlag der SPD-Fraktion als ordentliches Mitglied der Rundfunkkommission der Landesanstalt für Rundfunk gewählt worden. Nach Angaben des Vorsitzenden der Rundfunkkommission mußte ein vakantes Mandat eines ordentlichen Mitglieds durch das Landesparlament für den Rest der laufenden Amtszeit besetzt werden.

★

**Dr. Ernst-Hasso Ritter** ist neuer Staatssekretär im nordrhein-westfälischen Justizministerium. Justizminister **Dr. Fritz Behrens** (SPD) überreichte dem Juristen und Wirtschaftswissenschaftler die Ernennungsurkunde. Seit Oktober 1993 war Ritter als Staatssekretär im Bauministerium des Landes tätig.

★

**Dr. Helmuth Koegel-Dorfs**, der scheidende Beauftragte der Evangelischen Kirche bei Landtag und Landesregierung, stellte in seiner letzten Morgenandacht den Bezug von Wochentext der Bibel, der Geschichte vom barmherzigen Samariter, zur Politik her: „Wer heutzutage ein Mandat annimmt, gibt damit zu erkennen, daß er bereit ist, den Dienst am Nächsten zu tun“. Erster Vizepräsident **Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) dankte Dr. Koegel-Dorfs für seine zehnjährige Begleitung der Parlamentarier bei ihrer oft „unchristlichen“ Arbeit.

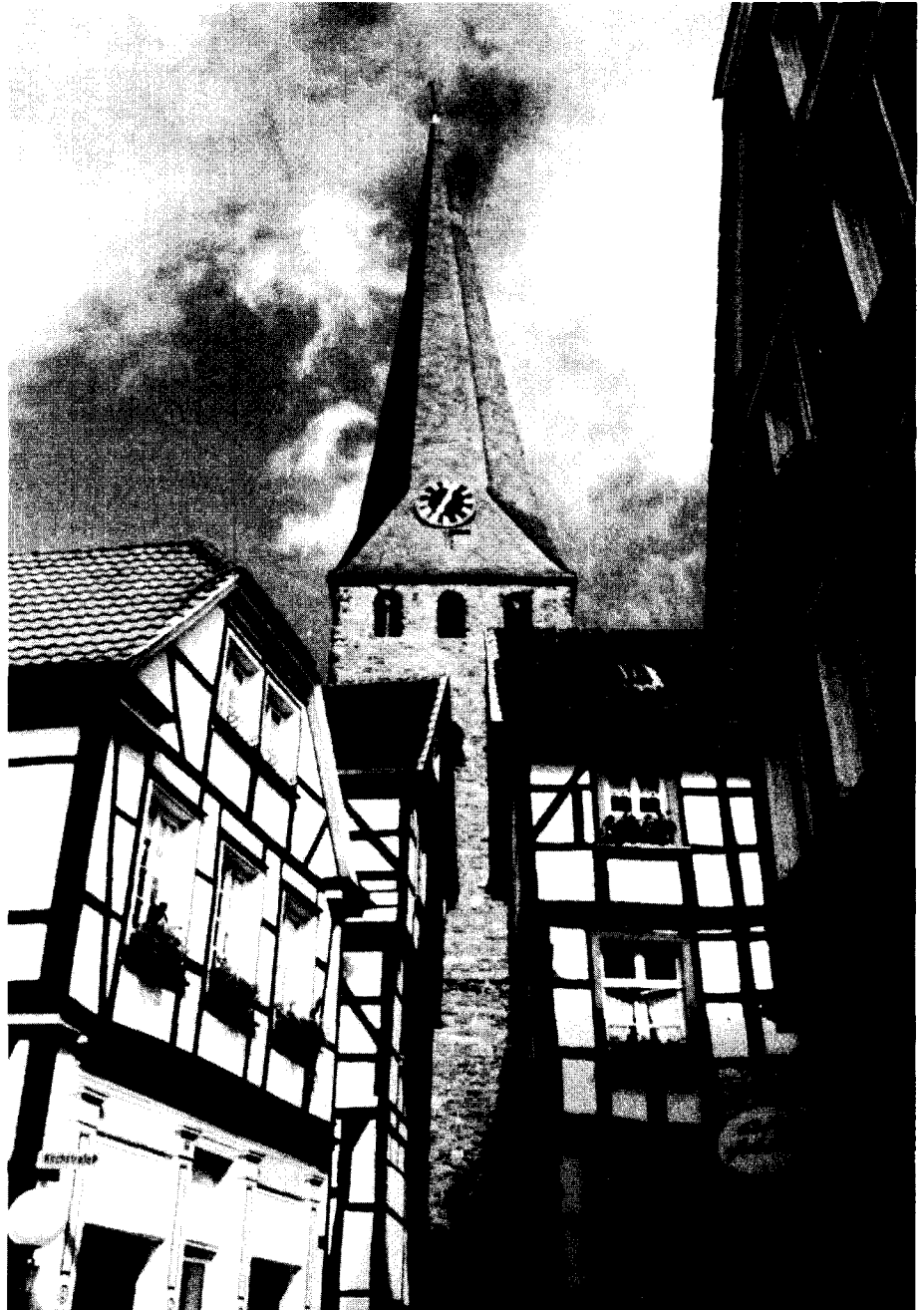
★

**Gerd Willamowski**, bisher Stadtdirektor von Ahlen, ist neuer Verbandsdirektor des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR). Von 41 anwesenden Mitgliedern der Verbandsversammlung stimmten 36 für Willamowski, zwei gegen ihn, drei enthielten sich der Stimme. Der Jurist war von der SPD-Fraktion vorgeschlagen worden, die CDU unterstützte seine Wahl. Der Posten des KVR-Verwaltungschefs war seit September 1994 verwaist. Der Kommunalverband Ruhrgebiet wurde 1920 als Siedlungsverband Ruhrkohlebezirk gegründet. Er ist die einzige regionale Klammer des Ruhrgebiets und der größte deutsche Regionalverband.

★

**Ferdinand Esser** (SPD), seit 1980 Kämmerer und Baudezernent des Landschaftsverbandes Rheinland und seit 1985 als Erster Landesrat allgemeiner Vertreter des Landesdirektors, ist von der Landschaftsversammlung Rheinland im Krönungssaal des Historischen Rathauses der Stadt Aachen zum Direktor des Landschaftsverbandes Rheinland gewählt worden. Er tritt am 1. Oktober die Nachfolge von Dr. Dieter Fuchs (CDU) an, dessen Wahlzeit nach acht Jahren endet.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Im kommenden Jahr feiert die Ruhrstadt Hattingen ihr 600jähriges Bestehen, aber hübsch herausgeputzt hat sie sich heute schon: 143 liebevoll restaurierte historische Fachwerkhäuser, der schiefe Turm der Sankt-Georgs-Kirche (auf dem Bild) bilden zusammen mit weiteren Baudenkmälern ein Ambiente, das manche Besucher mit Vergleichsmöglichkeit von einem „Rothenburg op de Ruhr“ schwärmen läßt. Vor allem an sonnigen Tagen breitet sich in der Altstadt ein nahezu südländisches Flair in engen Gassen und auf schattigen Plätzen aus, wenn die zahlreichen Gaststätten, Restaurants und Cafés ihre Stühle und Tische nach draußen stellen und zur Rast nach dem Einkaufs- oder Besichtigungsbummel einladen. Aber der idyllische Eindruck ist nicht alles: Hattingen will nicht nur ein verträumter Winkel sein. Es hat schwer unter dem Strukturwandel in der Stahlindustrie zu leiden gehabt und setzt aus dieser Erfahrung heraus auf die Zukunft. Rund um die ehemalige Henrichshütte sollen sich Kultur, Natur und Arbeit in einem Gewerbe- und Landschaftspark gleichberechtigt entwickeln.

Foto: Kamp